

Bezahlbarer Wohnraum, nachhaltige Mobilität und mehr Grün.

**GRÜNES Wahlprogramm für den
Bezirk Hamburg-Nord**

Weil wir hier leben.



gruene-nord.de

Unsere Kandidat*innen für die Bezirksliste

- 1. Imhof, Sina**
1979, Juristin
- 2. Werner-Boelz, Michael**
1966, Dipl. Sozialökonom
- 3. Freter, Alske**
1991, Controllerin
- 4. Schilf, Michael**
1962, Sozialpädagoge
- 5. Owosekun-Wilms, Prisia**
1988, Referentin für Nachhaltigkeit
- 6. Reiffert, Christoph**
1977, Dipl.-Landschaftsökologe
- 7. Permien, Isabel**
1990, Lehrerin
- 8. Kranz, Timo**
1981, Informatiker und Unternehmer
- 9. Hofmann, Katrin**
1972, Personalreferentin
- 10. Dalhoff, Daniela**
1972, PR-Referentin
- 11. Dornia, Marie Simone**
1985, Sachbearbeiterin
- 12. Schmidt, Thorsten**
1983, Ingenieur für Windenergietechnik
- 13. Möller, Carmen**
1948, Dipl. Informatikerin
- 14. Bulawa, Marcel**
1994, Student
- 15. Müller, Ivy May**
1997, Lehramtsstudentin
- 16. Kaputanoglu, Dr. Anil**
1966, Germanist
- 17. Platz, Angelina**
1989, Public Management (B.A.)
- 18. Redlich, Carsten**
1959, Diplom-Ingenieur / Umwelttechnik
- 19. Steinwender, Dr. Jasmin**
1980, IT-Beraterin für Digitalisierung
- 20. Camp, Oliver**
1968, Projektleiter
- 21. Brüggmann, Antje**
1966, Kommunikationswiss. / Business Coach
- 22. Stahr, Olaf**
1961, Rentner
- 23. Pläschke, Britta**
1964, Verwaltungsangestellte
- 24. Pinto, Alexander**
1973, Geschäftsführer
- 25. Elster-Schmitz, Birgit**
1961, Marktforscherin / Coach
- 26. Mai, Lino**
1998, Personalsachbearbeiter
- 27. Grichisch, Nadja**
1974, Sozialpädagogin
- 28. Hillenberg, Lars**
1990, Assistent der Amtsleitung
- 29. Nunne, Andrea**
1965, Buchhändlerin
- 30. Lamparter, Moritz**
1992, Student
- 31. Schmedt auf der Günne, Tanja**
1968, Fachanwältin für Arbeits- und Erbrecht
- 32. Hemesath, Ingo**
1971, Architekt
- 33. Prott, Wolfgang**
1949, Jurist für Bau- und Umweltangelegenheiten
- 34. Riesle, Stefan**
1971, Anwendungsentwickler

Inhalt

- 4** Gemeinsame Präambel der Hamburger GRÜNEN
- 7** GRÜNE Politik für Hamburg-Nord
- 9** GRÜNE Stadtentwicklung
- 25** Verkehrspolitik – schnell, bequem, sicher, grün
- 37** Sozialer Zusammenhalt im Quartier
- 56** Die Bezirksversammlung steht zur Wahl
- 58** GRÜNE 5-Punkte-Strategie für Hamburgs Bezirke
- 63** Impressum

Gemeinsame Präambel für die Bezirkswahlprogramme

Liebe Hamburger*innen,

am 26.05.2019 sind Wahlen zum Europäischen Parlament und Wahlen zu den Bezirksversammlungen. Es sind sehr entscheidende Wahlen, und deshalb bitten wir Sie: Entscheiden Sie mit!

Wir Hamburger GRÜNE stellen den **Menschen in den Mittelpunkt** unseres Handelns. Wir wollen **Hamburgs Charakter und Charme erhalten** und die Stadt sozial, grün und nachhaltig weiterentwickeln. Es ist dabei unser Anspruch, den Boom in Hamburg im Interesse aller Menschen so zu gestalten, dass man sich auch ohne großes Einkommen das Leben in Hamburg leisten kann. Nur mit weitsichtiger Politik und gemeinsam mit Ihnen kommen wir zu guten Lösungen für unsere Zukunft. Wir GRÜNE sind Ihre starke Stimme vor Ort in den Bezirksversammlungen.

Hamburg ist eine der zehn grünsten Metropolen der Welt. Hamburg steht für Weltoffenheit, kulturelle Vielfalt und gute Zukunftschancen. Gute Arbeitsplätze, Innovationskraft, Sicherheit, lebendige Quartiere, eine weltoffene demokratische Kultur und eine vergleichsweise gute Verkehrsinfrastruktur sorgen mit dafür, dass Hamburg eine attraktive Stadt ist, in der immer mehr Menschen leben wollen.

Aus der steigenden Zahl der Einwohner*innen erwachsen zusätzliche Ansprüche: Wir brauchen vermehrt neuen Wohnraum, Sportstätten sowie Kindertagesstätten und Schulen. Das erhöht den Druck auf unbebaute Flächen und die städtische Infrastruktur und verleiht damit unserer Aufgabe, das Grün in Hamburg zu schützen, mehr Gewicht.

Sie wollen ein bezahlbares Leben, ohne Hamburgs Grünen Charakter aufzugeben? Wir GRÜNE wollen das auch – und gehen es an!

Sind Sie in den letzten Jahren umgezogen oder haben es zumindest versucht? Dann wissen Sie aus eigener Erfahrung, wie schwierig es ist, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Das Problem der übersteuerten Mieten hat sich zur zentralen sozialen Frage Hamburgs ausgewachsen. Es trifft junge Menschen in der Ausbildung ebenso wie Familien, Singles oder Senior*innen.

Um den Bedarf an **nachhaltigem und bezahlbarem Wohnraum** zu decken, sind vor allem hamburgweite Maßnahmen wichtig. In unserer Regierungszeit wurde der Bau von Sozialwohnungen um 50 Prozent gesteigert – wir wollen weiter nachlegen. Aber auch in den Bezirksversammlungen legen

wir wichtige Grundlagen dafür. Hier wird vor Ort über Bebauungspläne abgestimmt und über Bauanträge entschieden. Wir GRÜNE setzen uns seit langer Zeit konkret für mehr sozial geförderten Wohnraum ein und nehmen die privaten Bauunternehmen stärker in die Pflicht, effizienter zu bauen und günstigeren Wohnraum anzubieten – ohne dabei auf energetische Standards zu verzichten. Darüber hinaus wollen wir Baugemeinschaften und Genossenschaften weiter als wertvolle Alternative fördern, die vielfach Wohnen und gemeinsames Leben enger zusammen denken.

All diese notwendigen Schritte führten und führen zu Konflikten zwischen Wohnungsbau und dem Naturerhalt in unserer Stadt. Für uns GRÜNE gilt: Beides ist wichtig. Und wenn man es klug anstellt, geht es auch zusammen.

Wir sind uns sicher: Hamburgs grüne Seele bleibt nur dann erhalten, wenn wir GRÜNE weiterhin das Grün schützen. Wir haben in den vergangenen Jahren an vielen Stellen für den Erhalt von Grün und Bäumen, Naturräumen und Kulturlandschaften gekämpft oder für Ausgleichsmaßnahmen gesorgt. Wir haben ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass unnötiger Flächenfraß z.B. durch den Bau einstöckiger Discounter aufhören muss.

Der Druck auf Grünflächen für Infrastruktur, Wohnraum und Gewerbe wird auch in Zukunft immens sein. Wir sind überzeugt, dass Hamburg nur dann gesund und lebenswert wachsen kann, wenn wir unsere Umwelt dabei mitdenken. Wir setzen darauf, keine unnötige Flächenversiegelung vorzunehmen und beim Bauen stärker in die Höhe zu gehen, wo es möglich und sinnvoll ist. Wir wollen zudem mehr Gründächer und Fassaden-

begrünungen durchsetzen, um bei jedem Bau auch den Grünen Charakter und das Stadtklima mit zu fördern.

Vorhandene Grünflächen wollen wir nicht nur weiter aufwerten, sondern auch neue schaffen, um uns die Natur in die Stadt zurückzuholen. Gerade Parks können hier mehrere Funktionen erfüllen: Natur- und Lebensraum einerseits, Freizeit- und Erholungsort andererseits.

Mehr Hamburger*innen benötigen auch mehr öffentliche Lebensräume. Es braucht Orte des gesellschaftlichen Miteinanders und der Begegnung und Freiräume in denen die Stadt pulsieren sowie sozialer Austausch und kulturelle Vielfalt stattfinden kann. Dazu gehören **mehr Natur und schönere Parks**, die jedem Hamburger für Sport oder entspannte Freizeitgestaltung offen stehen. Oder offen gestaltete Plätze im Kern der Stadtteile, die zum Verweilen einladen und als sozialer und kultureller Treffpunkt dienen können. **Viel-fältige und moderne Sportstätten und Spielplätze** sind ein weiterer wichtiger Baustein um ein lebenswertes und inklusives Umfeld für alle zu schaffen.

Lebensqualität hängt immer auch damit zusammen, wie wir Menschen miteinander umgehen, auskommen und ob wir Unterstützung in schwierigen Lebenslagen erfahren. Der demografische Wandel macht es zudem noch wichtiger, den **sozialen Zusammenhalt im Quartier zu stärken**. Dafür sind Bürger*innenhäuser, Sportvereine und Eltern-Kind-Zentren, Einrichtungen der Stadtteilkultur und der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Integrationsangebote, Mehrgenerationenhäuser, Beratungsstellen und viele engagierte Projekte von Vereinen und Initiativen elementar. Ihre Arbeit wollen wir unterstützen, bei Problemen vermitteln und

für eine gute Begleitung der Arbeit durch den Bezirk sorgen. Wir setzen uns dabei weiterhin auf allen Ebenen für Inklusion ein. Um Inklusion vor Ort zu verankern, wollen wir Inklusionsbeiräte einrichten bzw. stärken.

Wir wollen eine Politik betreiben, die Menschen vor Ort zusammenführt, einbindet und die Distanz zwischen den Menschen und politischen Prozessen verringert.

Die Hektik in unserer Stadt hängt wesentlich mit dem Verkehrsaufkommen zusammen. Aus diesem Grund kämpfen wir GRÜNE für eine nachhaltige **Verkehrswende**, indem wir **öffentlichen Nahverkehr, Radverkehr und Fußverkehr** prioritär fördern.

Jeder Todesfall im Straßenverkehr ist einer zu viel. Wir GRÜNE wollen die Verkehrssicherheit verbessern und dafür vor allem die Fußgänger*innen und Radfahrende besser schützen. Eine ganz zentrale Maßnahme dafür ist die Einführung von deutlich mehr Tempo 30-Bereichen, breiten Radfahrstreifen, Fahrradstraßen und Protected Bike Lanes.

Die Mobilität der Zukunft entwickelt sich weg vom eigenen Auto und hin zu ökologischen Verkehrsangeboten. Nach den neusten Daten der Studie „Mobilität in Deutschland“ von 2017 ist in den vergangenen Jahren in Hamburg der Anteil des Autoverkehrs am sog. Modal Split um 6 Prozentpunkte zurückgegangen. Im Gegenzug sind der Radverkehr um 3 und der öffentliche Nahverkehr um 4 Prozentpunkte gewachsen. Wir finden diesen Trend richtig und wichtig und treiben deshalb die Verkehrswende in Hamburg voran. Dazu gehören der konsequente Ausbau der Fahrradstadt Hamburg, deutliche Taktverbesserungen

und erschwinglichere Preise im ÖPNV, moderne Fußverkehrskonzepte und eine Kombination aus günstigen Park+Ride-Angeboten und einer effizienten Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt. Denn wir GRÜNE sind überzeugt: Wenn die Angebote besser werden, dann nehmen sie auch mehr Menschen wahr. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, der Reduzierung von Luftverschmutzung und Verkehrsrisiken sowie für ein ruhiges und lebendiges Stadtbild.

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, wir bitten Sie, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ihre Stimme nicht nur bei der Bezirksversammlungswahl, sondern auch bei den parallel stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament zu geben. Das Projekt der europäischen Einigung steht am Scheideweg: Wir kämpfen für ein Europa der Solidarität, Humanität und Rechtsstaatlichkeit, während andere verstärkt den Demokratieabbau betreiben und auf nationale Sonderwege setzen. Wir GRÜNE streiten mit Überzeugung für die weitere europäische Einigung, denn globale Herausforderungen kann man nicht national bewältigen.

Dem antieuropäischen Populismus von Rechten und Reaktionär*innen stellen wir eine klare Botschaft entgegen: Ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa ist unsere gemeinsame Zukunft.

Bei den Europawahlen wie bei den Bezirksversammlungswahlen gilt: Gehen Sie wählen und setzen Sie damit auch ein Signal gegen Rechtspopulist*innen und Nazis in den Parlamenten.

Stärken Sie am 26. Mai GRÜNE Politik vor Ort und in Europa. Wählen Sie GRÜN!



Sina Imhof and Michael Werner-Boelz (Spitzenteam Hamburg-Nord) mit Katharina Fegebank (Mitte, Zweite Bürgermeisterin)

GRÜNE Politik für Hamburg-Nord

Mit der Wahl zur Bezirksversammlung 2019 machen Bürger*innen Politik für Hamburg-Nord. Entscheidungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse gestalten Leben und Wohnen, Umwelt, Mobilität, Kultur und soziale Wirklichkeit. Seit 1982, also seit 37 Jahren, setzen sich die GRÜNEN Hamburg-Nord für die Bürger*innen in unserem Bezirk ein.

Für uns als GRÜNE gehören Umwelt, Wirtschaft und Gerechtigkeit zusammen: im Bezirk, in Hamburg, in Deutschland, in Europa und weltweit. Wer die hohe Lebensqualität in Hamburg-Nord sichern will, muss daher mit Ressourcen schonend umgehen, faire Arbeitsbedingungen schaffen und eine gute

soziale Infrastruktur bereitstellen und ausbauen. Damit bietet Hamburg-Nord auch in Zukunft eine gute Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger.

GRÜNE Stadtentwicklungspolitik heißt deshalb: bezahlbarer Wohnraum, mehr öffentliches Grün, mehr Barrierefreiheit und für alle lebenswerte Freiräume, Straßen und Plätze.

GRÜNE Verkehrspolitik will deshalb: mehr Platz für Menschen zu Fuß und auf dem Fahrrad und weniger Platz für Autos. Und gute Anbindungen an Bahn und Bus im ganzen Bezirk.

GRÜNE Gesellschaftspolitik fördert deshalb: bunte Lebensentwürfe und gerechte Chancen für alle. Ein weltoffenes, pluralistisches

Hamburg-Nord, dass sich den Feinden der Demokratie entgegenstellt. Beteiligung der Bürger*innen an politischen Entscheidungsprozessen – Demokratie konkret.

Hamburg ist eine wunderschöne Stadt mit großem Reichtum und gleichzeitig eine Stadt, in der Eigentum, Geld, Bildung, Kultur, Mobilität und Teilhabe immer noch ungleich verteilt sind. Wir wollen, dass es gerechter zugeht.

Wir wollen Chancengleichheit für alle in Hamburg-Nord. Bessere Chancen beim Zugang zu guter Kinderbetreuung, zu umfassender Bildung und moderner Gesundheitsförderung. Bessere Chancen auf bezahlbaren Wohnraum, eine intakte Umwelt, eine reiche Stadtkultur und vielfältige Kontaktmöglichkeiten für alle Stadtteile. Bessere Chancen für Lebensperspektiven mit Mobilität, Beratung und Hilfe, mit Aktivierung und sozialen Netzwerken für alle Menschen.

Wir haben in den letzten Jahren auf diesem Weg schon viel erreicht. Ein paar Beispiele für erfolgreiche GRÜNE Politik in Hamburg-Nord:

► Mehr Umwelt- und Klimaschutz: Als einer der wenigen Bezirke pflanzt Hamburg-Nord

mehr Straßenbäume neu an als gefällt werden (2017: 325 Verluste bei 352 Neupflanzungen).

► Mehr Fahrradstadt: Leinpfad als Fahrradstraße, breite Radfahr- oder Schutzstreifen auf der Fahrbahn wie z.B. in der Fuhsbüttler Straße und am Wiesendamm.

► Mehr Wege zu Fuß: Im Bezirk Nord wurden auf unsere Initiative hamburgweit erstmals Fußverkehrsstrategien für die Stadtteile Alsterdorf und Hoheluft-Ost entwickelt.

► Mehr Beteiligung: Intensives Beteiligungsverfahren zur verkehrsberuhigten Umwandlung der Eppendorfer Landstraße.

► Mehr Sport: Kunstrasenplätze für den SC Victoria und den SV Groß Borstel und ein neues Verbandshaus des Hamburger Rugbyverbandes.

► Mehr Vielfalt: erste „Woche der Vielfalt“ in Hamburg-Nord und viele Initiativen zur Integration von Geflüchteten im ganzen Bezirk.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir daran anknüpfen. Mit Ihrer Unterstützung machen wir Politik für Menschen, Stadt, Natur, Kultur und Sport und schaffen somit Lebensqualität.

**Wer das will,
wählt GRÜN.**





GRÜNE Stadtentwicklung

Wir leben gern in Hamburg und besonders in Hamburg-Nord. Die letzten Jahre haben gezeigt: Damit sind wir nicht allein. Hamburg ist attraktiver denn je. Seit einigen Jahren machen sich stetig immer mehr Menschen auf den Weg, damit Hamburg ihre neue Heimat wird. Wir möchten nicht, dass diese Menschen ins Umland ziehen, dass dort weitere Flächen versiegelt und starker Pendler-Verkehr produziert wird. Wir möchten städtische Räume anders nutzen: ökologischer, intensiver und nachhaltiger.

Wer zu uns kommt, braucht ein bezahlbares Dach über dem Kopf, eine Arbeit, muss einkaufen, möchte Sport treiben, Kultur genießen. Kinder brauchen Kitas, Schulen und

Spielflächen. Alle wollen sich in Parks und Grünflächen erholen und mobil sein. Das stellt uns vor Herausforderungen, denn der Platz in der Stadt ist begrenzt. Um jede verfügbare Fläche konkurrieren viele Nutzungen. Wir wollen diese unterschiedlichen Interessen immer wieder neu in einen klugen, gerechten und nachhaltigen Ausgleich für eine lebenswerte Stadt bringen. Unser Ziel ist es, jedes Quartier in Hamburg-Nord so zu gestalten, dass die Wege im Alltag kurz sind und ein faires Miteinander entsteht – für die Bedürfnisse der Bewohner*innen und die Chance, gemeinsam die Stadt zu gestalten.

Wir wünschen uns eine bunte, lebendige und grüne Stadt für Groß und Klein, Jung und Alt!

Planen – gemeinsam, grün und flexibel



Klimaschutz-Modellquartier „Am Weißenberge“ in Ohlsdorf

Die Bebauungspläne (B-Pläne), die die Bezirksversammlung verantwortlich beschließt, stellen Weichen für die Entwicklung unserer Quartiere. Von Beginn an müssen alle Bedürfnisse bedacht werden – vom Einkauf bis zum Sport, von Kitas bis zu Grünflächen, von Ärzt*innen bis zu Fahrradbügeln. Wir möchten für die Menschen unseres Bezirks bei möglichst vielen dieser Aktivitäten kurze Wege. Das spart Ressourcen, Zeit und Geld und verbessert die Lebensqualität für alle. Als Bezirk ist Hamburg-Nord genauso auf eine gute Kooperation mit seinen Nachbarn angewiesen wie Hamburg als Stadt. Wo genau die Bezirks- oder Stadtgrenze verläuft, ist im Alltag kaum zu bemerken. Wir fordern daher eine enge Kooperation mit un-

seren Nachbarbezirken Eimsbüttel, Mitte und Wandsbek sowie unserem nördlichen Nachbarn Norderstedt bei jeder verkehrlichen und baulichen Planung.

Wichtig für ein gesundes Leben im städtischen Raum sind die Grünflächen, die wir ausbauen und vor allem aufwerten wollen. Das Landschaftsprogramm der Stadt Hamburg sieht mindestens 6m² Freifläche pro Einwohner vor. Dies ist für uns nur ein Minimum, bei neuen Planungen setzen wir uns für mehr Grünflächen ein, damit es auch in Zukunft heißt: Hamburg ist eine grüne Metropole! Wir wollen erreichen, dass alle Grünflächen unseres Bezirks durch grüne Wege verbunden sind, um ökologisch wertvollen städtischen Raum aufzuwerten – und wir

wollen neue grüne Inseln überall auf Straßen und Plätzen und mit „Vertical Gardens“ und Fassadenbegrünungen auch an Häusern schaffen. Auch die Kleinsten in unserem Bezirk dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Für Kinder sind neben den Parks zum freien Toben die Spielplätze von besonderer Bedeutung. Sie wollen aber nicht nur auf geplanten Flächen mit Spielgeräten spielen, sondern auch ihrer Fantasie freien Lauf lassen. Wir wollen deshalb mehr Flächen planerisch sichern, die wir ihnen zum freien Spielen und Stromern überlassen können und dies nicht anstatt, sondern zusätzlich zu den geplanten Spielflächen!

Wir wollen Arbeiten und Wohnen räumlich zueinander bringen, denn Pendlerverkehr belastet Menschen und Bezirk. Weil die dafür nötigen Gewerbeflächen in Hamburg-Nord leider nicht sehr zahlreich sind, wollen wir bestehende grundsätzlich erhalten und bei allen Planungen möglichst neue schaffen – zum Beispiel in Erdgeschossflächen. Geschäfte machen Quartiere bunt, und unsere Tischlerinnen oder Elektriker sollen nicht aus dem Umland anreisen müssen.

Für ein lebendiges Gewerbe wollen wir Grundstückseigentümer*innen von der Spekulation auf Umwandlung in teureren Wohnraum abhalten und zusätzlich neue Wege gehen: mit kreativen Bauten wie vertikalen Gewerbehöfen und neuen Formen des Zusammenarbeitens wie Co-Working für Gewerbe, für Arbeitsplätze und nachhaltiges Wirtschaften. Um die Konflikte aus dem Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten in einen guten Ausgleich zu bringen, wollen wir verstärkt urbane Gebiete planerisch entwickeln, die diese Verbindung vereinfachen.

Kurze Wege wollen wir auch beim Einkaufen: Jeder Bebauungsplan braucht ausreichend Flächen für die Nahversorgung mit Dingen des täglichen Gebrauchs. Das ist besonders

für Familien und ältere Menschen wichtig. Für Nachbarschaft und Miteinander wollen wir die soziale Infrastruktur unserer Quartiere von Anfang an ausreichend berücksichtigen und mitwachsen lassen. Gerade Vereine und Initiativen brauchen geeignete und finanzierbare Flächen vor Ort und bei den Menschen – auch hier zum Beispiel in dafür freigehaltenen Erdgeschossflächen von Wohnquartieren.

Ein wichtiger Baustein für Gesundheit und Zusammenhalt sind die Sportvereine, die in der Stadt insgesamt und auch in Hamburg-Nord nicht ausreichend Flächen finden. In vielen Quartieren gibt es Aufnahmestopps bei den Vereinen. Um allen Bewohner*innen unseres Bezirks den Sport ihrer Wahl zu erleichtern, haben wir uns in der vergangenen Legislatur dafür eingesetzt, mehr Sportflächen in Bebauungsplänen zu berücksichtigen. Das wollen wir fortsetzen, orientiert an zukünftigen Bedürfnissen der Vereine und auch an „Nischensportarten“ – Sport ist Vielfalt!

Stadtplanung muss langfristige Entwicklungen voraussehen und lenken. Sie darf nicht nur auf Problemlagen reagieren, sondern muss gestalten, wo es hingehen soll. Ein tolles Beispiel dafür ist ein Gutachten des Bezirks, in dem die „Magistrale-Nord“ – die Hauptverkehrsstraße vom Mundsburger Damm in Richtung Hamburger Straße bis zur Bezirksgrenze – auf Möglichkeiten untersucht wurde, langfristig Verkehrsflächen neu zu ordnen und den gewonnenen Platz allen Verkehrsteilnehmenden gleichberechtigt zugänglich zu machen. Das Ergebnis ist ein strategisches Leitbild, an dem künftige Planungen ausgerichtet werden sollen. Eine „Magistrale als Stadtraum für alle“ mit viel Grün in und an Straßen, Häusern und Fassaden und attraktiven Aufenthaltsflächen wollen wir schnellstmöglich umsetzen.



Gemeinsame Entwicklungsziele sind für alle Quartiere unseres Bezirks von großer Bedeutung, denn Stadt verändert sich laufend. Daher wollen wir schrittweise Prozesse starten, um gemeinsam mit den Bewohner*innen zu analysieren, wohin sich das jeweilige Quartier zukünftig entwickeln soll: Wie wollen wir zusammenleben und was müssen wir selbst dafür tun? Wir wissen, dass dabei nicht alle Entwicklungen vorhersehbar sind und nicht für alle Fragestellungen sofort die richtige Lösung gefunden werden kann. Wir wollen uns aber trauen, agil zu planen, auch Unfertiges zuzulassen und Ideen in Pilotprojekten auszuprobieren, um auf unerwartete Entwicklungen reagieren zu können.

Wir wollen

- ▶ Grünflächen, Sportflächen und öffentliche Freiflächen für alle Generationen sichern, ausbauen und aufwerten
- ▶ Flächen für Kinder als Kinderspielplätze gestalten, aber auch auf Freiflächen und wilde Spielecken setzen
- ▶ Gewerbeflächen für Nahversorgung, Handwerk, soziale und kleingewerbliche Nutzungen erhalten und neu in Erdgeschossflächen, vertikalen Gewerbehöfen und Co-Working-Spaces ausweisen, um durch nahes Wohnen und Arbeiten kurze Wege, Raum für Initiativen und Chancen für Existenzgründungen zu schaffen
- ▶ in einem Beteiligungsprozess die zukünftige Entwicklung eines Quartiers als Pilotprojekt diskutieren und planen und dabei nicht alles bis ins Detail festsetzen, sondern Unfertiges zulassen, um auf zukünftige Entwicklungen reagieren zu können
- ▶ im Verfahren des Bebauungsplans Groß Borstel 31 (Petersenpark) ein besonderes Augenmerk auf die Verkehrserschließung haben und sicherstellen, dass das Quartier durch verkehrsberuhigende Maßnahmen auch zukünftig vom Durchgangsverkehr freigehalten wird
- ▶ eine engere Kooperation mit den angrenzenden Bezirken Eimsbüttel, Mitte und Wandsbek und mit unserem Nachbarn Norderstedt.

Wohnen – bezahlbar, gut und vielfältig

Das eigene Zuhause ist ein wichtiger Rückzugsort, an dem wir uns alle wohl fühlen und wir selbst sein können. Eine Wohnung zu finden war schon immer eine Herausforderung, ist aber in den letzten Jahren aufgrund stetig steigender Mieten und vieler Bewerber*innen extrem schwer geworden. Das verärgert viele Menschen und führt oft zu einer belastenden Wohnsituation: Rentner*innen bleiben in großen Wohnungen, weil sie selbst für kleinere Flächen mehr Miete zahlen müssten, Familien drängen sich auf zu engem Raum, weil sie keine größere bezahlbare Wohnung finden.

Ein zentrales Anliegen GRÜNER Stadtentwicklung ist daher bezahlbarer Wohnraum. Alle Menschen sollen die Chance haben, in der Stadt und möglichst in der Nähe des Stadtteils ihrer Wahl zu wohnen, denn wir wollen und brauchen sozial gemischte Quartiere. Dafür wollen wir die zahlreichen Instrumente des Baurechts besser nutzen und den Wohnungsbau auch in Hamburg-Nord weiter fortsetzen.

Wie in der vergangenen Legislatur wollen wir bei der Vergabe städtischer Grundstücke für den Wohnungsbau vor allem die städtische Gesellschaft SAGA und Baugenossenschaften zum Zuge kommen lassen. Sie schaffen dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum. Die Mietpreisentwicklung auf dem Hamburger Wohnungsmarkt zeigt, dass der bisher angewandte Drittelmix aus gefördertem und freifinanziertem Mietwohnungs- sowie Eigentumswohnungsbau nicht mehr ausreicht, um für breite Schichten der Hamburger Bevölkerung bezahlbare Wohnungen zu generieren. Deshalb wollen wir überall wo es sozialstrukturell sinnvoll erscheint, deutlich mehr geförderten Wohn-

raum schaffen. So haben wir auch in der zurückliegenden Legislatur am Mesterkamp in Barmbek 60% geförderten Wohnraum und zusätzlich 20% für Baugemeinschaften festgesetzt, im Pergolenviertel in Winterhude ebenfalls 60%.

Künftig setzen wir stärker auf Erbbaurechte statt auf den Verkauf städtischer Grundstücke, weil das auch Einkommensschwächeren ermöglichen kann, Wohneigentum zu bilden und so unabhängig vom Mietmarkt zu werden. Ein GRÜNES Ziel ist es, die Bindungszeiträume für Wohnungen möglichst lang auszugestalten, um Sozialwohnungen langfristig zu sichern. Im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten wollen wir uns auch bei privaten Bauvorhaben für mehr geförderten Wohnraum einsetzen.

Ein Instrument zum Schutz vor drastischen Mietsteigerungen und Verdrängung sind Soziale Erhaltungsverordnungen, welche die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum behindern und Luxussanierungen erschweren. Wir wollen prüfen, für welche Quartiere im Bezirk so der Schutz der ansässigen Mieter*innen verbessert werden kann. Für Barmbek-Nord und die Jarrestadt haben wir diese Prüfung schon angestoßen. Um auch langfristig Einfluss auf die Quartiere zu erhalten und Spekulation einzudämmen, wollen wir der Stadt verstärkt mit Vorkaufssatzungen den ersten Zugriff beim Verkauf von Grundstücken einräumen. Darüber hinaus müssen Baugebot (als Pflicht von Eigentümern, ihr Grundstück dem B-Plan entsprechend zu bebauen) und Wohnraumschutzgesetz (um Zweckentfremdung zu verhindern) konsequent durchgesetzt werden. Daher wollen wir uns für genug Personal in den zuständigen Stellen der Verwaltung einsetzen.



Wir wollen

- ▶ uns dafür einsetzen, dass die Stadt möglichst viele eigene Flächen und Rückkaufrechte behält, um auch zukünftig Einfluss auf ihre Entwicklung ausüben zu können
- ▶ Erbbaurechte einräumen, damit es für mehr Menschen möglich wird, Eigentum zu schaffen und damit unabhängig vom Mietwohnungsmarkt zu werden
- ▶ mindestens den Drittelmix aus geförderten und freifinanzierten Miet- sowie Eigentumswohnungen konsequent durchsetzen und an einigen Stellen auch deutlich mehr geförderten Wohnraum mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sichern
- ▶ SAGA und Genossenschaften bei der Vergabe von Grundstücken vorrangig berücksichtigen, weil sie bezahlbaren Wohnraum schaffen
- ▶ auch bei privaten Bauherren darauf dringen, bezahlbaren Wohnraum anzubieten
- ▶ den Erlass Sozialer Erhaltungsverordnungen für weitere Quartiere im Bezirk auf den Weg bringen und die Bodenspekulation durch Vorkaufssatzungen und Baugebote unterbinden
- ▶ Baugemeinschaften fördern, da sie besondere Wohnkonzepte umsetzen
- ▶ das Wohnraumschutzgesetz einsetzen, um Zweckentfremdungen zu verhindern und dafür die zuständigen Stellen beim Bezirksamt ausreichend ausstatten

Bauen - hochwertig, nachhaltig und vielseitig

Beim Wohnungsbau verfolgen wir GRÜNE zwei zentrale Aspekte: Wir wollen zügig für Wohnraum sorgen und zugleich hochwertige Räume schaffen. Quartiere mit ansprechender Architektur und gut durchdachten grünen Freiräumen schaffen hohe Aufenthaltsqualität. Weil unsere Gesellschaft bunt ist, muss Wohnraum viele Bedürfnisse stillen. Aktuell haben es vor allem Auszubildende, Jugendliche und Alleinerziehende schwer, geeigneten Wohnraum zu finden. Gleiches gilt für Senior*innen und Menschen mit Behinderung, weil barrierefreier Wohnraum nicht ausreichend zur Verfügung steht. Wir wollen darum bei der Schaffung von Wohnraum darauf achten, solche Bedürfnisse im Blick zu haben – inklusive flexibler neuer Wohnformen wie Co-Living und Sharing-Konzepten, bei denen die Bewohner*innen eines Hauses Räume gemeinsam nutzen, z.B. als Spielzimmer oder für Gäste. Für Azubis wollen wir in der nächsten Legislatur mehr Wohnraum analog zu Studentenwohnheimen schaffen.

Bei der Planung ganzer Quartiere wollen wir ökologisches, autofreies und energieautarkes Wohnen besonders fördern. Die Nutzung erneuerbarer Energien ist für uns selbstverständlich und wir fordern dies auch für alle öffentlich genutzten Gebäude unseres Bezirks. In neuen Quartieren wollen wir mit der Ressource Boden verantwortungsbewusst umgehen und daher keine Einfamilienhäuser ausweisen. Eine Blockrandbebauung nutzt die Fläche effizient und die entstehenden Innenhöfe sollen grün gestaltet werden, da sie dann Rückzugs- und Erholungsräume inmitten der Stadt bieten. Zur Erholung und Freizeit werden wir in neuen Quartieren hohe Grünanteile und Spielflächen festsetzen, die auch durch

alle privaten Bauherren gewährleistet sein müssen. Besondere Konzepte und Ideen setzen hier vor allem Baugemeinschaften um, z.B. indem sie Gemeinschaftsräume, Wohnraum für Geflüchtete oder auch Pflege- und Gästewohnungen herstellen und so das Wohnangebot unseres Bezirks bereichern. Nachdem wir bereits in der letzten Legislatur sowohl im Pergolenviertel als auch am Mesterkamp Baugemeinschaften gesondert berücksichtigt haben, wollen wir dies auch zukünftig tun, um bunte Quartiere zu schaffen.

Große unbebaute Flächen, auf denen ganze neue Quartiere entstehen, werden in unserem Bezirk allerdings rar. Bauen bedeutet daher in den nächsten Jahren vor allem Nachverdichtung. Dabei sollen idealerweise auch diejenigen von Neubauten profitieren, die bereits vor Ort wohnen, z.B. durch bessere Infrastruktur und eine Aufwertung öffentlicher Freiflächen. Wir wollen daher solche Projekte im Einzelfall auf ihre Verträglichkeit prüfen und maßvoll vorgehen – insbesondere sehen wir viele Innenhofverdichtungen kritisch.

Um ausreichend Wohnraum zu schaffen, müssen wir höher bauen als bisher. Die Mehrheit der älteren B-Pläne sieht für Wohnbauten lediglich drei bis vier Geschosse vor. Mehr Geschosse sind an den meisten Orten in Hamburg-Nord möglich – ökologisch sinnvoll, ökonomisch vertretbar. Das wollen wir in zukünftigen B-Plänen berücksichtigen. Wien, Berlin und Barcelona zeigen, wie eine sechsgeschossige Bebauung ein tolles Stadtbild ergibt. Stadtplanerische Hochpunkte mit mehr Geschossen halten wir ebenfalls für sinnvoll, wenn sie sich architektonisch ins Stadtbild einfügen. Wir setzen uns – wo baurechtlich

möglich – dafür ein, dass Gewerbe, Supermärkte und Discounter sowie Parkplätze nicht mehr einstöckig Fläche verschwenden, sondern vertikal „gestapelt“ und mit Wohnraum kombiniert werden.

Trotz des Drucks, schnell neuen Wohnraum zu schaffen, wollen wir nicht von ökologischen Standards beim Bauen abweichen, sondern Bauvorhaben unterstützen, die über die gesetzlichen Vorgaben hinaus gehen, um eine effiziente und langlebige Baustruktur mit niedrigen Betriebskosten zu schaffen. Seit dem letzten Jahr ist es zudem möglich, verstärkt Holz als Baustoff einzusetzen. Wir wollen den Einsatz dieses ökologischen Baumaterials unterstützen und wie bisher besonders darauf achten, dass für Baumaßnahmen Bäume

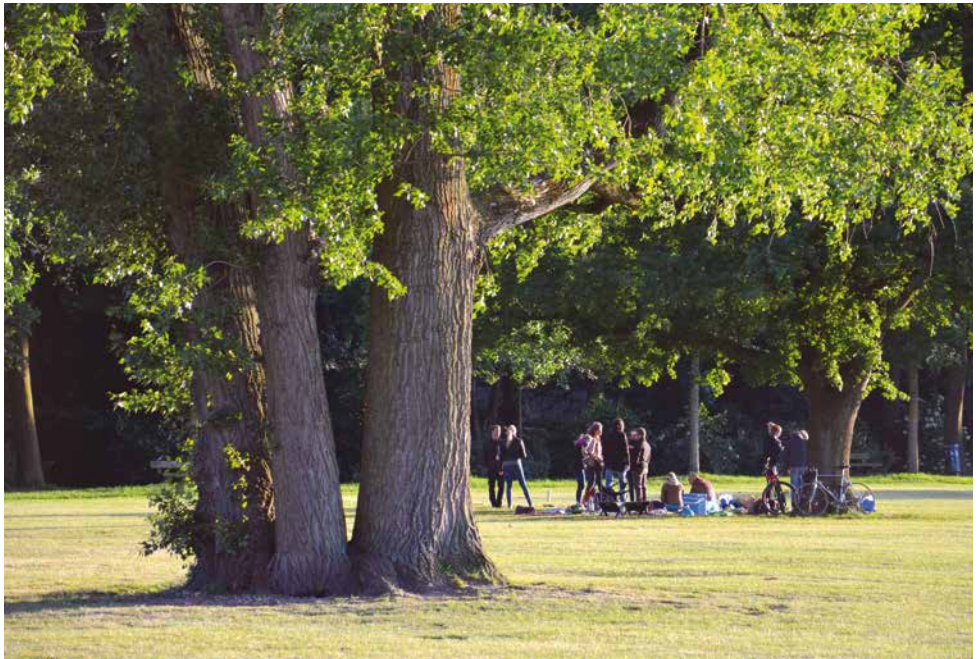
nicht leichtfertig aufgegeben werden – und dass Nachpflanzungen für unvermeidbare Fällungen ortsnah passieren.

Durch die zahlreichen Bauaktivitäten in unserem Bezirk wird viel Fläche versiegelt – mit negativen Konsequenzen für unser städtisches Kleinklima und unser Stadtbild. Dem wollen wir entgegenwirken! In Anlehnung an das Prinzip „Netto-Null“-Flächenverbrauch, werden wir den Grad der Versiegelung bei allen öffentlichen Baumaßnahmen kritisch hinterfragen und wollen Versiegelungen, die nicht notwendig sind, unterlassen, auch wenn dies zu höheren Unterhaltskosten führt. Sollte Versiegelung unumgänglich sein, werden wir darauf drängen, dass an anderer Stelle vergleichbare Flächen entsiegelt werden.

Wir wollen

- ▶ Wohnraum für alle, insbesondere für Azubis wollen wir analog zu Studentenwohnheimen gesonderten Wohnraum schaffen
- ▶ ökologische Wohnprojekte besonders berücksichtigen und verhindern, dass private Bauvorhaben von der Pflicht befreit werden, ausreichend Grün- und Kinderspielflächen herzustellen
- ▶ Nachverdichtungen im Einzelfall auf ihre Verträglichkeit prüfen und maßvoll vorgehen, insbesondere bei der Verdichtung in Innenhöfen
- ▶ höher bauen als bisher, um mehr Wohnraum zu schaffen und den begrenzten Platz besser zu nutzen sowie einzelne Landmarken zulassen, die deutlich höher sein können als sechs Stockwerke
- ▶ nicht von den gesetzlichen ökologischen Standards beim Bauen abweichen, sondern höhere Standards fördern, um weiterhin nachhaltig zu bauen
- ▶ Gewerbe- und Verkaufsflächen sowie Parkplätze auch vertikal und kombiniert mit Wohnraum organisieren, um mit dem Boden sorgsam umzugehen
- ▶ Flächenversiegelung vermeiden
- ▶ Dachflächen als begrünte Aufenthaltsräume oder als Sportflächen nutzen.

Stadträume – frei, komfortabel und lebenswert



Stadtentwicklung ist mehr als Bauen. Auch unsere bereits bestehenden Quartiere können und wollen wir durch viele kleine Maßnahmen lebenswerter gestalten. Hamburg wird dichter. Viele Aktivitäten werden künftig außerhalb der eigenen Wohnung stattfinden: Wir brauchen Orte, um uns zu treffen, an denen jeder kostenlos teilhaben kann und wo wir uns gern aufhalten.

Stadträume – öffentlich und für alle. Wir wollen bestehende Räume aufwerten, indem wir sie leiser, grüner und komfortabler machen. Dadurch können wir bereits bestehende Räume intensiver nutzen und Menschen miteinander ins Gespräch bringen.

Dafür müssen sich alle frei, gefahrlos und

selbstständig in ihren Quartieren bewegen können, was vielen heute schwerfällt. Senior*innen (vor allem mit Rollator) haben oft nicht ausreichend Platz auf zugesperrten und zu schmalen Gehwegen und brauchen für Pausen Sitzgelegenheiten. Die ermöglichen es auch allen anderen, zusammenzukommen und zu klönen. Wir wollen daher systematisch nach Plätzen für Sitzgelegenheiten suchen. Auch für Kinder ist es oft schwierig, sich im öffentlichen Raum frei und sicher zu bewegen. Ihnen fällt es schwer, inmitten des motorisierten Verkehrs den Überblick zu behalten. Selbst in verkehrsberuhigten Zonen behindern parkende Autos Durchblick und Durchkommen. Wir wollen Kinder dabei unterstützen,

sich selbstständig zu bewegen, z.B. durch das Konzept der „beispielbaren Stadt“, welches ihnen durch einfache Symbole eine sichere Wegführung aufgezeigt, die durch Poller oder farbige Bodenmarkierungen interessant und spielerisch gestaltet wird. So ein Konzept wollen wir in einem Pilotprojekt für ein Quartier erstellen.

Wir wollen dafür neue Räume gewinnen, Räume, die bisher anders genutzt werden. Der größte Anteil öffentlicher Flächen besteht aus Raum für den motorisierten Verkehr. Öffentlicher Raum soll aber auch zum Verweilen einladen und insgesamt eine vielfältigere Nutzung ermöglichen. Ein Erfolg war es daher, dass wir im letzten Jahr ein Beteiligungsverfahren zur Neugestaltung der Eppendorfer Landstraße im Abschnitt zwischen Eppendor-

fer Markt und Kümmellstraße auf den Weg gebracht haben. Im Laufe des Verfahrens diskutieren nun Anwohner*innen und Interessierte, wie sie den öffentlichen Raum zukünftig nutzen wollen und gehen dabei neue Wege.

Eine Möglichkeit, Kindern und Jugendlichen mehr Raum zu geben, sind temporäre Spielstraßen. Hier werden bestimmte Straßenabschnitte regelmäßig zu bestimmten Zeiten am Tag, in der Woche oder im Jahresverlauf für den Kfz-Verkehr inklusive des ruhenden Verkehrs gesperrt. Der gewonnene Raum bietet Groß und Klein vielfältige Möglichkeiten vom Planschbecken über die Tischtennisplatte und das Fahrradfahren lernen – bis zum „Eppendorfer Strand“ im Sommer.

Ein weiteres Projekt, das Verkehrsräume anders nutzt, wird seit Jahren erfolgreich

Wir wollen

- ▶ systematisch die Quartiere unseres Bezirks darauf untersuchen, wo seniorenge-rechte Stühle und Bänke hilfreich sind und diese dann aufstellen, um Pausen und Klönen zu ermöglichen
- ▶ für ein Quartier beispielhaft das Konzept der beispielbaren Stadt umsetzen, das Kindern erleichtert, sich selbstständig im Stadtraum zu bewegen
- ▶ Verkehrsinseln nicht mehr versiegeln, um kleines Grün zu schaffen
- ▶ die Plätze unseres Bezirks gemeinsam mit den Anwohner*innen zu neuem Leben erwecken, damit sie wieder lebendige Zentren der Quartiere werden, in denen wir uns gern aufhalten
- ▶ Bücherschränke und Tauschbörsen im öffentlichen Raum unterstützen
- ▶ untersuchen, wohin in unserem Bezirk eine temporäre Spielstraße passt und diese dann umsetzen, um vor allem Kindern wieder mehr Raum zur Verfügung zu stellen
- ▶ das Konzept der Viertel-Oasen auf bisherigen Parkplätzen auf seine Umsetzbarkeit in Hamburg untersuchen, um anschließend ein Pilotprojekt zu starten.

in Wien umgesetzt. Die dort sogenannten „Grätzl Oasen“ (Grätzl steht wienerisch für Quartier) bieten Anwohner*innen die Möglichkeit, öffentlichen Raum, der zuvor als Parkplatz genutzt wurde, in Anspruch zu nehmen und nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Auch in Stuttgart wurde mit solchen – dort „Parklets“ genannten – Flächen bereits experimentiert. Dort entstehen kleine Gärten und gemütliche Sitzecken, Wohlfühl-oasen statt Blech vor der eigenen Haustür. Wir wollen auch Hamburger*innen mit solchen Projekten begeistern und zu Begegnungen im öffentlichen Raum einladen.

Potenzielle Orte der Begegnung sind vor allem die Plätze in unserem Bezirk. Wir wollen gemeinsam mit den Anwohner*innen analysieren, weshalb Plätze nicht optimal funktionieren und mit welchen Maßnahmen sie belebt werden können, damit sie wieder die Zentren unserer Quartiere werden, als Orte der Begeg-

nung und des Miteinanders. Vom Brunnen bis zur begrünten Verkehrsinsel, von der Klönecke zum TicTacToe auf dem Asphalt, vom Straßencafé über die Tauschbörse bis zum öffentlichen Stadtteilbücherschrank.

Kunst wertet den öffentlichen Raum auf. Sie ist für alle zugänglich, regt an und bringt Menschen ins Gespräch. In der letzten Legislatur haben wir daher beschlossen, in Kooperation mit der Galerie Affenfaust den Monopteros im Haynspark künstlerisch gestalten zu lassen. Nach seiner Sanierung wird er mit Graffiti gestaltet und ein Hingucker im Park sein. Unterstützt haben wir auch die tolle Idee „Marcus und Dahl“, die im Park des neuen Quartiers Tarpenbeker Ufer zwei Skulpturen des Künstlers Gert Marcus aufstellen möchte, der in Groß Borstel lebte. Wir wollen uns für mehr Kunst im öffentlichen Raum einsetzen, egal ob dauerhafte Kunstwerke oder zeitlich begrenzte Installationen.

Spielplätze – bewegen, toben, fantasieren

Stadtkinder haben kein Feld und keinen Wald hinter dem Haus, die Platz zum Toben und Spielen bieten. Spielplätze sind daher ganz wichtige Orte der Bewegung und Begegnung, die wir erhalten und pflegen müssen. Darum haben wir im Jahr 2016, als die große Holzseisenbahn des Spielplatzes Grasweg am Stadtpark – ein Wahrzeichen über den Stadtteil hinaus – kaputt ging, gern die Neuanschaffung aus bezirklichen Mitteln finanziell unterstützt, genau wie die Sanierung der Toilette am Spielplatz Höltystraße. Die Behörde für Umwelt und Energie (BUE) hat im vergangenen Jahr ein System zum Erhaltungsmanagement erarbeitet, das wir für die Spielplätze in Hamburg-Nord umsetzen wollen.

Zur Neu- und Umgestaltung von Spielplätzen wollen wir das erfolgreiche Format der Beteiligung der jungen Nutzer*innen, ihrer Eltern und anderer Interessierter fortsetzen. Damit künftig alle Kinder profitieren, haben wir in der letzten Legislatur beschlossen, bei Planungen für Spielplätze auch gleich Inklusion mitzudenken, also Spielplätze barrierearm zu bauen und bei der Auswahl der Spielgeräte darauf zu achten, dass sie möglichst vielseitig nutzbar sind. Von integrativen Spielgeräten profitieren auch Senior*innen unseres Bezirks, denn für Spiel und Bewegung ist man nie zu alt! Für die kommende Legislatur wollen wir daher mindestens einen Spielplatz in unserem Bezirk nach diesen Kriterien gestalten.

Außerdem möchten wir Kindern auf Spielplätzen mehr Freiräume geben: Wir wollen Flächen zum Stromern vorhalten, um freies Spiel zu ermöglichen. Hecken und Sträucher, ungemähte Wiesen, Erdhügel und Wald sind

für Kinder wahnsinnig spannend. Es muss nicht immer alles durchgeplant sein, Kinder möchten ihrer Fantasie freien Lauf lassen. Wir wollen gezielt nach Flächen suchen, die diese Freiräume bieten!

Wir wollen

- ▶ die erfolgreichen Beteiligungsverfahren bei der Gestaltung von Spielplätzen beibehalten, um die Wünsche der Anwohner*innen zu berücksichtigen
- ▶ Kinderspielplätze inklusiv gestalten, um gemeinsames Spielen zu ermöglichen; diese Planungen wollen wir an mindestens einem Spielplatz im Bezirk beispielhaft umsetzen
- ▶ bei der Gestaltung der Spielplätze mehr Natur berücksichtigen und auch in Parks und Grünanlagen wilde Ecken zum Stromern zulassen
- ▶ in einem Pilotprojekt eine Fläche im Bezirk finden, die Kindern zum freien Spiel überlassen werden kann.



Grün – groß, klein und mehr davon



Hamburg ist eine der grünsten Städte Deutschlands. GRÜNES Ziel ist es, dass das so bleibt. Wir wollen großes und kleines Grün trotz der Schaffung von Wohnraum erhalten und ausbauen. Grün macht einen wichtigen Teil der Lebensqualität in unserer Stadt aus, verbessert das Klima und die Luft, schützt vor Lärm, verschönert das Stadtbild, lockert es auf und bietet Mensch und Tier Rückzugsräume.

Das große Grün sind vor allem die drei Naturschutzgebiete, die unser Bezirk pflegt. Wir freuen uns, dass es gelungen ist, eines davon – das Eppendorfer Moor – im Januar 2015 deutlich zu vergrößern. Statt bisher 15,3 ha umfasst das Naturschutzgebiet nun eine Fläche von 26 ha. Wir wollen die bestehenden Flächen erhalten und ihren ökologischen Zustand verbessern. Um ökologisch wertvolle Gebiete zu vernetzen und dadurch die

Lebensräume verschiedener Arten zu verbinden, wird zurzeit hamburgweit das Konzept für einen Biotopverbund erarbeitet. Nach dessen Fertigstellung wollen wir die Umsetzung in unserem Bezirk vorantreiben, indem wir die vorgesehenen Flächen sichern und entwickeln. Das stärkt den Artenschutz in unserem Bezirk, weil es die Wanderung von Tieren und den natürlichen Transport von Pflanzensamen ermöglicht. Artenreich sind auch die Gewässer unseres Bezirks, weshalb wir Initiativen für die Gewässerlebensräume unterstützen wollen, zum Beispiel eine Renaturierung der Osterbek.

Zum großen Grün gehören die Parks und Grünanlagen unseres Bezirks. Sie sind für die Hamburger*innen die grünen Oasen und Orte der Erholung. Wir wollen diese verstärkt ökologisch pflegen, um die biologische Vielfalt zu fördern. Einige Rasenflächen sollten

weniger gemäht, Buschwerk und Staudensäume nicht radikal entfernt und Altholz sollte liegen gelassen werden. Dieser ökologische Pflegeansatz soll vor Ort erläutert werden, damit klar ist, warum es auch mal „unordentlich“ aussehen darf.

Durch zahlreiche Neubauprojekte wächst unser Bezirk – parallel müssen auch die Parks und Grünanlagen wachsen, aus ökologischen Gründen genau wie zur Erholung. Vor allem der Stadtpark gerät in den Sommermonaten bereits heute an seine Grenzen. Deshalb haben wir in der letzten Legislatur begonnen, zusammen mit den anliegenden Kleingartenvereinen und weiteren Akteur*innen darüber nachzudenken, wie der Stadtpark sanft und langfristig entlastet und vergrößert werden kann. So bietet sich z.B. der Südring zum Skaten und Inlinern an. Eine weitere Chance für einen größeren Stadtpark ist die Verbannung des Autoverkehrs aus dem Park durch

eine Sperrung der Otto-Wels-Straße für den Kfz-Verkehr. Käme heute jemand neu auf die Idee, den Stadtpark für Autos zu teilen, stieße dies kaum auf Zustimmung. Die neu gewonnene Fläche ließe viele Nutzungsmöglichkeiten zu, der Verkehrslärm im Park würde reduziert und seine Qualität als große grüne Oase unseres Bezirks gesteigert.

Aber auch das kleine Grün ist von großer Bedeutung. Wir möchten, dass alle Einwohner*innen unseres Bezirks fußläufig eine Grünfläche erreichen können. Gerade in hochverdichteten Gebieten bieten sich dazu „Pocket Parks“ an: kleine, bisher brach liegende oder versiegelte Flächen, die durch eine gärtnerische oder eine ökologische Gestaltung zu kleinen grünen Oasen werden können. Mit Sitzgelegenheiten werden sie zu kleinen Treffpunkten im Quartier und beleben dadurch die Nachbarschaft. Wir wollen prüfen, wo in unserem Bezirk ein erster



„Lütt'n Park“ den Aufenthalt angenehmer und grüner machen kann.

Darüber hinaus werden Dachgärten bereits heute gefördert und sollten zunehmend im Fokus von Bewohner*innen und Planer*innen stehen. Auch die Verkehrsflächen können zum kleinen Grün unseres Bezirks beitragen. Wir wollen Verkehrsinseln bei neuen Planungen nicht versiegeln, sondern grün lassen. Dies schafft kleine, aber wichtige Versickerungsflächen. In der vergangenen Legislatur haben wir die Aktion „Frühblüher für Bienen“ gestartet. Um Wild- und Honigbienen den Start in das neue Jahr zu erleichtern, wurden an zahlreichen Verkehrsinseln, Mittelstreifen und Grünstreifen über 100.000 Frühblüher wie Krokus, Blaustern oder Schachblume gesetzt. Diese Aktion wollen wir verstetigen und ausbauen, denn Bienen leisten einen großen ökologischen Beitrag. Das Straßenbegleitgrün wollen wir

ökologischer gestalten, indem Wildblumenflächen und einheimische Sträucher und Stauden zum Einsatz kommen.

Urban Gardening ist ein weiterer wichtiger Baustein in einer grünen Stadt. In unseren dichten Quartieren verfügen nur wenige Menschen über einen eigenen Garten, das Interesse am Gärtnern in der Stadt ist jedoch groß. Urban Gardening verbindet und kann sogar Kindern zeigen, wo unsere Nahrung eigentlich herkommt. Wir wollen Flächen finden, die sich für Urban Gardening eignen und aktiv auf die Anwohner*innen zugehen, um Patenschaften für Flächen zu fördern. Aber nicht nur auf ausgewiesenen Flächen wollen wir GRÜNE Nutzpflanzen, auch im öffentlichen Raum setzen wir uns für eine „Essbare Stadt“ ein: Mehr Obstgehölze, Esskastanien sowie Beeren- und Nusssträucher bieten Nahrung für Mensch und Tier und bringen ein Stück Natur zurück in die Stadt!

Wir wollen

- ▶ unsere Naturschutzgebiete erhalten, ihren ökologischen Zustand verbessern und den Biotopverbund in unserem Bezirk vorantreiben
- ▶ Parks und Grünanlagen ökologischer pflegen und prüfen, ob eine Sperrung der Otto-Wels-Straße für den Kfz-Verkehr möglich ist, um so den Stadtpark zu stärken
- ▶ in unserem Bezirk einen „Lütt'n Park“ umsetzen und so ein verdichtetes Quartier aufwerten
- ▶ Dachgärten und begrünte Verkehrsinseln fördern und die Aktion „Frühblüher für Bienen“ verstetigen und ausbauen
- ▶ aktiv Flächen für Urban Gardening und Paten hierfür finden und mehr „essbare Stadt“ schaffen, d.h. mehr Obstgehölze, Beeren- und Nusssträucher, Nussbäume und Esskastanien im öffentlichen Raum, damit vor allem Kinder erleben, wo Äpfel und Co. eigentlich herkommen.

Straßenbäume – schützen, nachpflanzen und wachsen lassen



Straßenbäume sind prägender Bestandteil unserer Stadt. Sie beleben das Stadtbild und haben eine ganz wichtige Funktion für das Kleinklima. Die zahlreichen Baumaßnahmen an Straßen belasten die Straßenbäume. Wir machen uns für den Erhalt unserer Straßenbäume stark!

Bei der Planung von Baumaßnahmen setzen wir uns schon immer dafür ein, dass so wenige Baumfällungen wie möglich stattfinden. Immer wieder konnten wir erreichen, dass

weniger gefällt und zusätzliche Straßenbäume gepflanzt wurden. Einer unserer größten Erfolge der letzten Legislatur ist ein Beschluss, der die Verwaltung anders als zuvor verpflichtet, bei Baumaßnahmen mit nötiger Baumfällung schon bei der Vorstellung der Pläne die Orte der Nachpflanzung mitzuteilen (1:1 Nachpflanzgebot). Insgesamt haben wir dafür gesorgt, dass auf diese Weise das seit 2010 aufgelaufene Straßenbaumdefizit von fast 700 inzwischen auf 260 reduziert werden konnte. Der Ausgleich auf Null ist also nah und bleibt unser Ziel.

Wir wollen die Wachstumsbedingungen unserer Straßenbäume verbessern, indem wir sie durch Poller und Bügel vor Schäden durch Anfahren und ihre Wurzeln vor Druck durch parkende Autos schützen. Wir wollen älteren Bäumen mehr Raum durch die Vergrößerung der Baumscheiben geben – auch wenn dies nur zu Lasten von Parkplätzen umzusetzen ist. Damit die Baumscheiben zukünftig nicht nur Fahrradabstelllagen sind, wollen wir Pat*innen gewinnen, die sie in kleine Grüninseln verwandeln und so unser Stadtbild grüner und bunter machen.

Wir wollen

- ▶ den größtmöglichen Schutz von Straßenbäumen bei Baumaßnahmen, auch wenn diese dadurch schwieriger und kostenintensiver werden
- ▶ weiterhin konsequent die Umsetzung des 1:1-Nachpflanzgebots einfordern
- ▶ Straßenbäumen Luft verschaffen und sie schützen, auch auf Kosten von Parkplätzen
- ▶ gezielt Baumpat*innen gewinnen, um Baumscheiben als grüne und bunte Inseln zu gestalten.



Verkehrspolitik – schnell, bequem, sicher, grün

Wir wollen den Verkehr der Zukunft in unserer Stadt schnell, sicher, bequem, leise und gesund für alle Menschen gestalten. Er soll den Bedürfnissen von Berufspendler*innen, Handwerkerinnen, Vätern, Seniorinnen und Schulkindern gleichermaßen gerecht werden. Wer morgens zur Arbeit fährt, möchte schnell sein. Schon jetzt erreichen viele Menschen ihr Ziel am schnellsten mit Bus und Bahn oder mit dem Fahrrad. Wir wollen noch mehr Quartiere so gut anbinden, dass sich irgendwann gar nicht mehr die Frage stellt, ob ein Auto etwa weniger Zeit braucht. Bequem, das bedeutet für uns stolperfreie Fußwege, kurze Wartezeiten bei Bus und Bahn, Carsharing um die Ecke und sicher abgestellte Fahrräder.

der. Verschiedene Formen der Mobilität müssen so ineinandergreifen, dass der begrenzte Verkehrsraum optimal genutzt wird.

Wir alle lieben Hamburg auch, weil es eine grüne Stadt ist. Viele Parks, Plätze und mit Bäumen gesäumte Straßen sind schon heute Räume, in denen wir uns gerne aufhalten. Wir wollen diese Räume ausbauen – und das vorrangig zu Lasten bisher betonierter und asphaltierter Flächen, die die Politik der sog. autogerechten Stadt seit den 50er Jahren hinterlassen hat. Mehrspurige Straßen mit schmalen Fußwegen, versteckte holprige Radwege mit mangelnder Sichtbarkeit und Unfallgefahren an Kreuzungen dürfen nicht länger „zementiert“ sein. Noch zu oft

werden erst die parkenden und fahrenden Autos berücksichtigt – und Fuß- und Radverkehr nur mit dem Platz, den der motorisierte Verkehr übrig lässt. Die Folge ist, dass das Auto für viele Menschen nach wie vor das attraktivste Verkehrsmittel ist: Immer noch 36% aller Wege in Hamburg werden damit zurückgelegt. Autos parken 90% ihrer Zeit, nehmen viel Platz im öffentlichen Raum ein und tragen damit nur wenig zur Mobilität bei. Unter Lärm und Abgasen leiden die Anwohner*innen der großen Verkehrsachsen, aber auch alle Verkehrsteilnehmer*innen.

Eine Verkehrspolitik für Stadt und Menschen bedeutet für uns, Flächen so neu aufzuteilen, dass Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV attraktiver werden. Wir GRÜNE stehen für die „vision zero“ – wir wollen die Zahl der Verkehrstoten auf null senken. Eine durchdachte Verkehrsplanung und eine gute gegenseitige Sichtbarkeit der Verkehrsteilnehmer*innen – diese wird insbesondere durch gut beleuchtete Fußwege und Radfahrstreifen auf der Fahrbahn erreicht – sind dafür ganz wichtig. Auf diesem Weg sind wir in den letzten Jahren schon erfolgreiche Schritte gegangen:

- ▶ Wir haben an vielen Straßen breitere und barrierearme Fußwege durchgesetzt (z.B. Alsterkrugchausee, Alter Teichweg, Maria-Louisen-Straße, Wiesendamm).
- ▶ Den Radverkehr konnten wir an vielen

Stellen auf eigene Radfahrstreifen auf die Fahrbahn verlagern und so die gegenseitige Sichtbarkeit und den Platz für Fuß und Rad verbessern (z.B. Bebelallee, Fuhsbüttler Straße, Erdkampsweg). Viele Wege wurden dadurch für Schüler*innen sicherer und für Pendler*innen attraktiver.

- ▶ Den wohl größten Erfolg für den Radverkehr im Bezirk konnten wir mit der Neueröffnung des Leinpfads feiern, der auf GRÜNE Initiative hin zur Fahrradstraße wurde: das verkehrssicherste Angebot für Radlerinnen und Radler.
- ▶ Eine ganze Reihe von Einbahnstraßen ist für den Radverkehr in Gegenrichtung jetzt offen und gestattet so neue Routen (z.B. Bilsener Straße, Bostelreihe).
- ▶ Gefällte Straßenbäume wurden möglichst orts- und zeitnah nachgepflanzt (z.B. Maienweg).
- ▶ Der Sicherheit dienen neue Tempo-30-Zonen und -Geschwindigkeitsbegrenzungen (z.B. Eppendorfer Weg, Otto-Wels-Straße im Stadtpark).
- ▶ Selbst parkende Autos vergessen wir nicht: Rund um den Flughafen konnten wir die Verkehrsbehörde überzeugen, eine Ausweitung der dortigen Bewohnerparkzone zu starten. Für parkende Räder freuen wir uns zudem auf das neue Parkhaus am U-Bahnhof Kellinghusenstraße mit Platz für knapp 1.000 Räder.

Verkehrsplanung – Menschen und Bäume zuerst

Wir wollen zu-Fuß-Gehen, Radfahren und den ÖPNV für möglichst viele Menschen zu den attraktivsten Verkehrsmitteln machen. Dafür müssen sie schnell zum Ziel führen, bequem zu nutzen und so sicher wie möglich gegen

Verkehrsunfälle sein. Und es soll Spaß machen, sich auf Straßen und Plätzen in Hamburg-Nord aufzuhalten. Dies verlangt eine andere Planung!

Von außen nach innen planen: Erst wenn ein



barrierefreier Fußweg und ein regelgerechter Weg fürs Rad eingeplant sind, soll über Anzahl und Breite von Kfz-Fahrspuren und Parkplätze nachgedacht werden. Radfahrer*innen gehören dabei grundsätzlich auf sicheren Wegen auf die Fahrbahn: Dies dient ihrer Sichtbarkeit, schützt aber auch Fußgänger auf dem Gehweg. Daher lehnen wir gemeinsame benutzungspflichtige Geh- und Radwege ebenso ab wie schmale Hochbordradwege, die Fußgänger*innen Platz rauben und bei denen Bäume und parkende Autos die Sicht behindern. Das Schild „Radfahrer frei“ an Gehwegen lehnen wir ab, da Fußgängerinnen und Fußgänger so auf „ihrer“ Fläche behindert werden und es zudem zu einer Aufteilung des Radverkehrs zwischen Gehweg und Fahrbahn führt. An Bushaltestellen und vor Ampeln sollten Fußwege nicht durch Radwege zerschnitten werden. An viel befahrenen Straßen wollen wir zusätzliche Querungen schaffen und prinzipiell auf sog. Bettelampeln verzichten.

Flächen für alle: Wenn in Hamburg-Nord eine Fahrbahn grundinstandgesetzt werden soll, so wollen wir immer zugleich auch die Ne-

benflächen für Fuß- und Radverkehr attraktiver gestalten. Bei allen Nutzungskonflikten wollen wir Bäume so weit wie möglich erhalten, sind aber bereit, Parkplätze anders zu nutzen. Müssen doch Bäume gefällt werden, sind sie 1:1 nachzupflanzen, notfalls in einer anderen Straße, aber so nah wie möglich. Wir wollen mit Flächen grundsätzlich sparsam umgehen, insbesondere die Fahrbahnen sollten nicht breiter als nötig werden. Wenn bisherige Verkehrsflächen für Wohnen, Sport, Kultur oder Grünanlagen genutzt werden können, sind wir dafür offen.

Beteiligung und Planung: Wir wollen von bislang fast ausschließlicher Anwohnerbeteiligung zu einem breiteren Verfahren der Planung kommen und dazu eine Beteiligung aller Träger*innen von Interessen (Stakeholder) in der kommenden Legislatur für eine komplexe Verkehrsplanung testen. Die bislang bei der Polizei angesiedelte untere Straßenverkehrsbehörde sollte in die Bezirksämter verlagert werden – wir wollen die Planung aus einer Hand und in der Verantwortung des Bezirksamts.

Velorouten, Fahrradachsen, ein ganzes Radwegenetz – und gut geparkte Räder



Auf der Fahrradstraße Leinpfad

Den Kern des Radnetzes in Hamburg bilden die Velorouten. Wir wollen den bisher geplanten Netzausbau abschließen und das Netz gleichzeitig erweitert wissen. Noch nicht bearbeitete Abschnitte sollen in der kommenden Legislatur überarbeitet werden (Mundsburger Damm, Hamburger Straße/Oberaltenallee, Suhrenkamp, Wagnerstraße, Kreuzungen Uferstraße, gesamter Straßenzug Saarlandstraße bis Adolph-Schönfelder-Straße), zudem wollen wir bisherige 30er-Zonen entlang der Velorouten zu Fahrradstraßen umgestalten (Borner Stieg, Laukamp, Höpen (Ost), Moorreye (Nord), Wacholderweg). Für Fahrradstraßen und 30er-Zonen im Verlauf von Velorouten setzen wir uns außerdem dafür ein, dass diese durch gezielte Verkehrslenkung oder auch bauliche Maßnahmen möglichst wenig vom Kfz-Durchgangsverkehr genutzt werden (z.B. Von-Es-

sen-Straße, Gertigstraße). Das bedeutet u.a., dass wir Fahrradstraßen nur mit „Anlieger frei“, nicht jedoch mit „Kfz frei“ beschildern wollen. Soll im Verlauf von Velorouten an Tempo 50 festgehalten werden, so darf der Radverkehr dort nicht einfach im Mischverkehr geführt werden (also ohne Radfahr- oder Schutzstreifen). Darüber hinaus muss das Veloroutennetz ergänzt und weiter verdichtet werden. Wir fordern daher, Groß Borstel – bisher als einziger Stadtteil in Hamburg-Nord weder an das Schnellbahnnetz noch an das Veloroutennetz angeschlossen – mit einzubeziehen. Dazu soll an der Bebelallee ein Abzweig von der Veloroute 4 eingerichtet und die Straßen Deelböge und Borsteler Chaussee zur Veloroute ausgebaut werden.

Der Hamburger Senat baut rund um die Außenalster eine Reihe von Fahrradstraßen, die

sogenannten Alster-Fahrradachsen. Das unterstützen wir ausdrücklich. Die in den Fahrradachsen verbliebene Lücke zwischen Bellevue und Fährhausstraße muss im Rahmen einer Neugestaltung der Sierichstraße komfortabel geschlossen werden.

Bereits in der vergangenen Legislatur wurde für Hamburg-Nord ein bezirkliches Radverkehrskonzept entwickelt, das das Netz der Velorouten durch attraktiv gestaltete weitere Straßen verdichtet. Einige dieser Routen sind heute schon gut fahrbar, andere leider überhaupt nicht. Wir wollen daher das bezirkliche Routennetz mit einer wegweisenden Beschilderung ausstatten, für seinen Ausbau weiterhin mindestens 600.000 Euro jährlich investieren und uns beim Senat für darüber hinausgehende Mittel einsetzen. Mit Priorität wollen wir Lücken im bezirklichen Routennetz schließen, so dass durchgängige Verbindungen entstehen. Diese Lückenschlüsse wollen wir ganz konkret erreichen:

- ▶ Tangstedter Landstraße: Radfahrstreifen im Rahmen einer Grundinstandsetzung
- ▶ Durchstich Olenland: Bau eines legalen Radwegs
- ▶ Weg zwischen Fritz-Schumacher-Allee und Anita-Sellenschloh-Ring: Ausbau für den Radverkehr
- ▶ Rathenaustraße (östl. Sengelmannstraße): Radfahrstreifen
- ▶ Maienweg (West) und Maienweg (Mitte): Radfahrstreifen
- ▶ Wiesendamm: Radfahrstreifen vervollständigen
- ▶ Dorotheenstraße (nördl. Maria-Louisen-Straße): Radfahrstreifen oder Schutzstreifen
- ▶ Semperstraße (Ost): Fahrbahn asphaltieren
- ▶ Rübenkamp (zwischen Hebebrandstraße und Jahning): Radfahrstreifen im Rahmen einer Grundinstandsetzung
- ▶ Alter Teichweg (westl. Krausestraße): Fahrbahn asphaltieren

Einige Routen des bezirklichen Radverkehrskonzepts verlaufen auch auf Hauptverkehrsstraßen, für die der Senat zuständig ist. Daher fordern wir vom Senat, dass er Erdkampsweg (Mitte), Krausestraße, Braamkamp und Wellingsbütteler Landstraße überplant, und mit Radfahrstreifen ausbaut. Für die kommende Legislatur haben wir uns eine ganze Reihe von Radprojekten neu vorgenommen:

- ▶ Martinistraße: Die in der aktuellen Legislatur vorgestellte Planung zur Umgestaltung wollen wir auf jeden Fall umsetzen. Für täglich über 5.000 Fahrräder sind mindestens die geplanten Schutzstreifen dringend erforderlich, zudem ermöglicht die Planung auch die Barrierefreiheit der Fußwege.
- ▶ Osterbek-Fahrradstraße: Zwischen Stadtpark und Eilbektal gibt es in Hamburg-Nord keine für den Radverkehr komfortabel ausgebaut Ost-West-Verbindung. In der Osterbekstraße kann auf einer Fläche mit schon heute sehr wenig Autoverkehr eine attraktive Verbindung im Grünen und parallel zum Wasser entstehen. Daher fordern wir, die Osterbekstraße zur Fahrradstraße auszubauen und zu asphaltieren sowie die anschließenden Kreuzungen für den Radverkehr attraktiver zu gestalten.
- ▶ Langenhorner Chaussee: Hier wollen wir nicht locker lassen und fordern weiterhin, sie auf eine normal breite Kfz-Fahrspur sowie Radfahrstreifen pro Fahrtrichtung umzubauen. Das Provisorium der gemeinsamen Benutzungspflichtigen Geh- und Radwege ist weder für Fußgänger*innen noch für Radler*innen sicher oder komfortabel und sollte daher so bald wie möglich abgelöst werden. Wegen des hohen Verkehrsaufkommens soll für die Langenhorner Chaussee die Einrichtung eines geschützten Radfahrstreifens (protected bike lane) geprüft werden, der mit einer physischen Barriere, aber ohne Sichthindernis von der Fahrbahn getrennt ist.



FOTO: WIKIMEDIA COMMONS CC BY 2.0

Protected Bike Lane in Vancouver

► **Sierichstraße:** Wir fordern das Verkehrs-Kuriosum der tageszeitlich wechselnden Einbahnstraße mit zwei Fahrspuren bei einer Überplanung des gesamten Straßenzugs Sierichstraße/Herbert-Weichmann-Straße aufzuheben. Die aktuelle Regelung führt zu vielen Unfällen, ein erheblicher Teil der „erforderlichen“ zwei Fahrspuren wird zum Parken genutzt. Wir wollen eine Radverkehrsführung, die so attraktiv ist, dass keine Radfahrer*innen mehr auf den Fußwegen fahren. Im Rahmen einer Neugestaltung soll dann auch die Veloroute 13 über die Cäcilienstraße statt wie bislang über die Maria-Louisen-Straße geführt werden (heute Umweg).

► Für die Metropolregion Hamburg wird derzeit eine Machbarkeitsstudie erstellt, die mögliche Routen eines Radschnellwegs von Norderstedt nach Hamburg prüft. Wir wollen, dass dieses Projekt – eine weitestgehend kreuzungsfreie Führung des Radverkehrs, mindestens aber eine Fahrradstraße – Wirklichkeit wird und der Radschnellweg möglichst tief in die Stadt hinein führt, z.B. bis

nach Alsterdorf.

Radfahrstreifen stellen als Radweg auf der Fahrbahn eine besonders sichere Art der Radverkehrsführung dar, weil sie eine hohe Sichtbarkeit garantieren. Um noch mehr Aufmerksamkeit auf diese Fahrradspur zu lenken, fordern wir, Radfahrstreifen nicht nur an polizeibekanntes Gefahrenstellen, sondern grundsätzlich flächig farblich zu markieren. Sie sollen zudem wegen des erwartbaren steigenden Radverkehrsaufkommens und für bessere Überholmöglichkeiten (E-Bikes!) immer möglichst mit Regelbreite ausgeführt werden. Diese Maßnahme würde das Sicherheitsgefühl der Nutzer*innen steigern, genauso wie die „geschützten Radfahrstreifen“, die wir an einer stark von Autos befahrenen Straße in Hamburg-Nord erstmals umsetzen wollen.

Die Politik, viele Einbahnstraßen für gegenläufigen Radverkehr zu öffnen, wollen wir fortsetzen: Im Ermlandweg soll eine Musterlösung für Straßen mit besonders schmaler Restfahrbahnbreite getestet werden. Regelmäßige Ausweichbuchten könnten dort gegenläufigen Radverkehr möglich machen. In der Mozartstraße, der Reismühle und am Straßburger Stieg wollen wir die Einmündungen umgestalten, da nur diese einer Öffnung für gegenläufigen Radverkehr entgegenstehen. Die Poppenhusenstraße am Barmbeker Bahnhof wollen wir im Zuge der angrenzenden Veloroutenplanung so umgestalten, dass gegenläufiger Radverkehr möglich wird. Da dem fließenden Verkehr grundsätzlich Vorrang vor dem ruhenden Verkehr gebührt, können Parkplätze kein Hinderungsgrund für diese Öffnung sein.

Wir setzen uns dafür ein, die Parkmöglichkeiten für Fahrräder kontinuierlich zu verbessern. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Bike&Ride (B&R)-Stationen zu,



Bike+Ride-Anlage U-Langenhorn Nord

die bis 2025 für alle Schnellbahnhöfe ausgebaut sein sollen. Im Rahmen der immer populärer werdenden E-Bikes sind auch immer sehr teure Räder auf den Straßen unterwegs, deshalb wollen wir prüfen lassen, ob die abschließbaren B&R-Angebote, die bislang nur zur monatsweisen Vermietung angeboten werden, in Zukunft auch tage- oder stundenweise gemietet werden könnten. Die Weiterentwicklung digitaler Schlüssel- und Bezahlsysteme macht das heute realisierbar.

Bei Verkehrsplanungen wollen wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass nicht nur an parkende Autos, sondern auch an parkende Räder gedacht wird und entsprechende Bügel berücksichtigt werden. Wir fordern daher, dass bei neuen Verkehrsplanungen das Prinzip ein Fahrradbügel pro Kfz-Stellplatz umgesetzt wird. Für das Komponistenviertel in Barmbek-Süd wurde in der aktuellen Legislatur ein Fahrradparkkonzept erstellt, dieses wollen wir in der kommenden Legislatur weiter umsetzen und so erstmals einem Quartier

so viele Fahrradstellplätze geben wie es benötigt.

Aufgrund der prekären Abstell-situation gerade in Altbauquartieren wollen wir Fahrradhäuschen auf öffentlichen Straßen und Plätzen weiterhin fördern, auch zu Lasten von Kfz-Parkplätzen. Da die Anforderungen daran sich durch das zunehmende Aufkommen von E-Bikes, Lastenrädern und Kinderanhängern in den letzten Jahren sehr gewandelt haben, schlagen wir vor, dass das Bezirksamt einen Gestaltungswettbewerb für Fahrradhäuschen ausschreibt.

Das Bikesharing-System StadtRad ist ein großer Erfolg. Wir freuen uns, dass Hamburg es in den nächsten Jahren noch weiter verdichtet, ausbaut und u.a. mit Lastenrädern ergänzt. Wir wollen möglichst viele StadtRad-Stationen in Hamburg-Nord, insbesondere an allen S- und U-Bahnstationen. Wir setzen uns verstärkt für eine Co-Finanzierung von Stationen durch große Arbeitgeber wie z.B. den Flughafen und Lufthansa Technik ein. In der aktuellen Legislatur gingen Philips und Tesa mit gutem Beispiel voran.



Selbst der weiteste Weg beginnt zu Fuß

Jeder Weg beginnt und endet zu Fuß. Wir denken, dass dem Fußverkehr bislang zu wenig Aufmerksamkeit der Verkehrspolitik gehörte. Zwar ist zu-Fuß-gehen nur für wenige Menschen die richtige Wahl, um von Hohenfelde nach Langenhorn zu gelangen, doch in unseren urbanen Quartieren lässt sich ein großer Teil des Alltags gut zu Fuß erleben. Das muss in Hamburg-Nord aber dringend attraktiver werden.

Fußwege sollen grundsätzlich breit genug (mindestens zwei Meter), gut beleuchtet und barrierefrei sowie mit Gehwegplatten befestigt sein, wenn sie eine Straße begleiten. Gemessen daran sind viele Fußwege in Hamburg-Nord in einem schlechten Zustand. Sie werden bisher nur dann grundlegend überarbeitet, wenn zugleich die Fahrbahn daneben erneuert wird. Diese Schranke im Kopf wollen wir öffnen und fordern die Instandsetzung kaputter Gehwege auch ohne gleichzeitiges Anfasen der Fahrbahn. Weil Gehweginstandsetzungen viel preiswerter sind, können wir so deutlich mehr gute Gehwege schaffen. Priorität sollen dabei besonders schmale und/oder Gehwege ohne Gehwegplatten haben.

Viele Gehwege in Hamburg-Nord sind eigentlich zwei Meter breit oder sogar breiter. Durch halbachtiges oder vollständiges Gehwegparken wird diesen Wegen aber ihre Barrierefreiheit genommen. Wir setzen uns gegenüber dem Senat dafür ein, dass die Polizei alle entsprechenden Anordnungen überprüft und nur dann aufrechterhält, wenn diese nicht die Gehwegbreite auf unter zwei Meter einschränken.

Wir setzen uns gegenüber dem Senat dafür ein, dass dieser zumindest für einige Pilotprojekte zustimmt, für Fußwege eine über aktuelle technische Standards hinausgehende Beleuchtung umzusetzen. Nicht nur die Schwere der zu erwartenden Unfälle darf eine Rolle für die Wahl der Beleuchtung spielen, auch Aufenthaltsqualität und Ängste der Bürger*innen vor dunklen öffentlichen Räumen sollten mit berücksichtigt werden. Neu gestaltete Gehwege brauchen zudem regelhaft seniorengerechte Sitzbänke. Gerade für weniger mobile Menschen werden längere Fußwege erst durch solche Rastmöglichkeiten „gehbar“. Für die Bänke wollen wir versuchen, Sponsoren zu finden, die dann mit

einer kleinen Plakette auf der Bank namentlich geehrt werden könnten. Auch Spielmöglichkeiten für Kinder an Gehwegen wollen wir ausprobieren – und öffentliche Plätze und Freiflächen neu, attraktiv und kommunikativ gestalten. (vgl. GRÜNE Stadtentwicklung – Stadträume)

Die Absenkung von Bordsteinkanten und die barrierefreie Ausstattung von Querungen wollen wir fortsetzen, zuerst dort, wo wichtige Fußwege oder besonders schöne Wege durch Grünzüge eine Straße kreuzen. In der aktuellen Legislatur wurde ein Pilotprojekt zur Erstellung eines Schulwegplans an einer Schule in Hamburg-Nord beschlossen. Die in diesem Rahmen vorgeschlagenen Maßnahmen wollen wir positiv aufnehmen.

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit gerade für Fußgänger fordern wir eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 an so vielen Stellen wie möglich. Das neue Bundesrecht gibt dazu erweiterte Möglichkeiten. Wir wollen, dass vor Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Senioreneinrichtungen grundsätzlich Tempo 30 gilt. In der Flughafenstraße östlich der Langenhorner Chaussee wollen wir eine neue Zone 30 schaffen. Wir fordern sogenannte Bettelampeln komplett abzuschaffen, Fußgängerinnen und Fußgänger müssen hier endlich automatisch Grün erhalten.

In dieser Legislatur wurden Fußverkehrsstra-



tegien für Hoheluft-Ost und Alsterdorf erstellt, in denen eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur in den Stadtteilen genannt wurden. Wir wollen diese schrittweise umsetzen und insbesondere den Nordausgang des U-Bahnhofs Sengelmannstraße im Rahmen des U5-Projektes barrierefrei gestalten. Zudem wollen wir gute Ideen für Fußgänger*innen aus diesen beiden Strategien auch auf andere Stadtteile übertragen.

Für die Eppendorfer Landstraße wollen wir das in dieser Legislatur angestoßene Beteiligungsverfahren zur Umgestaltung positiv begleiten. Wir stellen uns eine weitgehende Verkehrsberuhigung mit deutlich mehr Aufenthaltsqualität gerade für Fußgänger*innen vor.

Öffentlicher Personennahverkehr

Bus und Bahn sind der Kern eines Umweltverbundes im Stadtverkehr – gerade, wenn das Ziel deutlich außerhalb des eigenen Stadtteils liegt. Wir wollen den ÖPNV daher noch attraktiver machen, auch für Menschen, die heute noch abseits der Schnellbahnhöfe wohnen. Daher unterstützen wir es, dass die

U-Bahn kommt: Wir fordern, dass nach Fertigstellung der ersten Teilstrecke der U5 zwischen Bramfeld und City Nord der Weiterbau Richtung Innenstadt über Winterhude, Barmbek-Süd und Uhlenhorst zügig vorangetrieben wird. Auch ein neuer Bahnhof an der U3 auf Höhe Fuhlsbüttler Straße findet unsere

Unterstützung. Haltestellen an bestehenden Strecken wollen wir näher an die Haustüren der Bürger*innen heranbringen, indem sie zusätzliche Eingänge erhalten (z.B. Sierichstraße, Saarlandstraße, Fuhlsbüttel).

Auf den jetzigen Schnellbahnlinien werden wir uns dafür einsetzen, dass die Kapazität mit der Nachfrage Schritt hält. Daher begrüßen wir die zu Dezember 2018 eingeführte deutlichen Taktverdichtung auf U1 und U3 und halten auf der Linie S1/S11 südlich von Ohlsdorf endlich einen 5-Minuten-Takt auch zwischen den Hauptverkehrszeiten für erforderlich.

Gerade das Busnetz kann besonders schnell dazu beitragen, dass der ÖPNV näher an die Haustüren heranrückt. Wir fordern, es so auszubauen, dass jede Bürger*in spätestens nach 400 Metern eine Haltestelle erreichen

kann. Zusätzlich sollen nach und nach alle Bushaltestellen barrierefrei umgebaut werden. Auch muss die Taktung der Busse gerade in den Abendstunden verbessert werden (z.B. 178-Essener Straße und 114-Groß Borstel). Für den Wiesendamm fordern wir, im Abschnitt Jarrestadt auch tagsüber Busverkehr anzubieten, z.B. über eine andere Streckenführung des neuen 17er-Busses. Kurze Wege zu den Haltestellen sind gerade für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen wichtig.

Zudem wollen wir in der kommenden Legislatur für die Hauptverkehrszeiten die Wirtschaftlichkeit, die Nutzung und den Komfort einer Fußgänger- und vor allem Fahrradfähre im Pendelverkehr auf halber Höhe der Außenalster (z.B. Karlstraße/Fährdamm) prüfen lassen.

Kfz-Verkehr – Autos werden geteilt, Anwohner*innen parken zuerst

Parkraum ist in der ganzen Stadt umkämpft. Wir fordern daher eine deutliche Ausweitung von Bewohnerparkzonen, zunächst auf den gesamten Bereich innerhalb des Ring 2 und perspektivisch auf die ganze Stadt. In anderen deutschen Städten ist das heute bereits Realität. Durch eine Parkraumbewirtschaftung in den Bewohnerparkzonen gibt es dann keine Gratisparkplätze mehr am Zielort, so dass schon deshalb eine Reduktion des Kfz-Verkehrs zu erwarten ist.

Leider wird ordnungswidriges Parken auf Geh- und Radwegen in vielen Quartieren nicht hinreichend verfolgt. Wir fordern daher die personelle und geographische Ausweitung der Parkraumüberwachung und den ge-

zielten Einsatz der gerade neu aufgebauten Hilfskräfte der Polizei für diese Aufgabe. Die geringen Verwarngelder für Falschparken in Deutschland entfalten leider keine hinreichende Wirkung. Daher wollen wir prüfen lassen, ob durch eine Änderung des Hamburger Wegegesezes Falschparken in Zukunft als nicht genehmigte Sondernutzung behandelt werden könnte, was zu deutlich höheren „Ticketpreisen“ führen würde.

Als zentrales Instrument zur wirtschaftlicheren Nutzung unserer knappen Fläche in der Stadt sehen wir Carsharing an. Jeder braucht mal ein Auto für den Umzug oder für die Fahrt zum Baumarkt, aber viele brauchen es nicht jeden Tag. Die gemeinschaftliche Nut-

zung geht daher verantwortungsvoll mit dem knappen Raum in der Stadt um. Wir brauchen mehr stationsbasierte Carsharing-Angebote, insbesondere in unseren nördlichen Stadtteilen. Deshalb wollen wir es erleichtern, gut sichtbare Stationen auch außerhalb von Switchh-Punkten auf öffentlichen Flächen einzurichten. Wir fordern, dass das Bezirksamt dafür die Initiative ergreift und potenziell attraktive Flächen – bislang öffentliche Parkplätze – als Flächen zur stationsbasierten Carsharing-Nutzung ausschreibt. Dazu wollen wir mit einem Pilotprojekt starten. Für uns GRÜNE ist es selbstverständlich, dass der Staat sich an geltende Gesetze hält. Die Gesundheit der Bürger*innen ist ein besonders schützenswertes Gut, das über dem Recht schnell oder mit beliebig dreckigen Fahrzeugen zu fahren steht. Daher müssen gesetzliche Grenzwerte für Lärm und Schad-

stoffe auf jeden Fall eingehalten werden, notfalls auch durch bislang unübliche Maßnahmen wie Fahrverbote oder Tempo 30 nachts. Insbesondere für letzteres wollen wir eine deutliche Ausweitung erreichen. Für die im Bezirk besonders durch Stickoxide betroffene Habichtstraße fordern wir, dass die Grenzwerte schon kurzfristig und nicht erst 2025 eingehalten werden. Wenn das nur mit Fahrverboten möglich ist, so sind diese aus unserer Sicht unausweichlich. Elektrisch angetriebene Autos reduzieren die Emissionen des Kfz-Verkehrs, wo dieser nicht vermieden werden kann. Wir wollen erreichen, dass bundesweit ab 2030 keine Autos mit Verbrennungsmotor mehr neu zugelassen werden. Dies erfordert einen zügigen Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos in Hamburg-Nord, wo erforderlich, auch durch die Umwidmung bisheriger allgemeiner Kfz-Parkplätze.



Spitzenkandidatin Sina Imhof an der Tarpenbekstraße

Luftverkehr – wer Krach macht, muss zahlen

Fluglärm ist eine schwere Belastung für viele Hamburger*innen, gerade durch die innerstädtische Lage des Flughafens. Vor



allem die gesundheitsgefährdenden Lärmbelastungen in den Tagesrandzeiten müssen deutlich reduziert werden.

Wir fordern daher reguläre Starts und Landungen nur bis 22 Uhr zu erlauben, Flüge nach 22 Uhr nur nach restriktiv zu handhabenden Einzelausnahmegenehmigungen durch die Fluglärmschutzbeauftragte zuzulassen, und eine Gewinnabschöpfung bei den Fluggesellschaften für verspätete Flüge nach 22 Uhr vorzunehmen.

Für Samstage sowie Sonn- und Feiertage fordern wir, das nächtliche Flugverbot bis 7 Uhr morgens zu verlängern. Maßnahmen zur deutlichen Kapazitätssteigerung am Flughafen Fuhlsbüttel lehnen wir ab.

Wir wollen

- ▶ den Ausbau des Veloroutennetzes endlich abschließen
- ▶ Groß Borstel an das Netz der Velorouten anschließen
- ▶ Lücken im bezirklichen Radroutennetz schließen
- ▶ Tangstedter Landstraße und Wiesendamm mit Radfahrstreifen ausstatten
- ▶ den 5.000 Radlerinnen und Radlern täglich auf der Martinstraße endlich einen Schutzstreifen spendieren
- ▶ die Osterbekstraße zu einer autofreien Fahrradstraße im Grünen und am Wasser ausbauen
- ▶ einen Radschnellweg von Norderstedt nach Alsterdorf
- ▶ erstmals einen „geschützten Radfahrstreifen“ in Hamburg-Nord
- ▶ bei neuen Planungen das Prinzip ein Fahrradbügel pro Kfz-Stellplatz umsetzen



Am Kulturzentrum Zinnschmelze in Barmbek

Sozialer Zusammenhalt im Quartier

Kultur

Der Bezirk Hamburg-Nord hat eine vielfältige Kulturlandschaft, die wir erhalten, stärken und ausbauen wollen. Kultureinrichtungen wie Kampnagel, Tanzplan K3, das Museum der Arbeit, das Hamburger Puppentheater, das Ernst-Deutsch-Theater, die Geschichtswerkstätten oder Stadtteilkulturzentren wie das Goldbekhaus, die Zinnschmelze und das ella Kulturhaus Langenhorn sind Ausdruck einer lebendigen Kulturszene. Wir fördern Kultur direkt vor Ort, das ist ein wesentliches Element GRÜNER Politik. Die Vielfalt an Angeboten in den Quartieren stellt

kulturelle Teilhabe sicher und regt zum Mitdenken und Mitmachen an. Kulturelle Bildung hilft bei der Persönlichkeitsentwicklung, fördert den Nachwuchs und schafft Chancen.

In der zurückliegenden Legislatur ist es uns gelungen, immer wieder zusätzliche Mittel zur Förderung von Kulturangeboten im Bezirk bereit zu stellen. Insgesamt 80.000 Euro dienen interkulturellen Projekten. Aus dem Quartiersfonds haben wir beim Goldbekhaus eine Stelle für Interkultur ermöglicht – zunächst auf zwei Jahre befristet. Die räum-

liche Situation der Stadtteilkulturzentren haben wir nachhaltig verbessert. Das ells Kulturhaus Langenhorn ist jetzt barrierefrei, das Bürgerhaus Barmbek erhielt einen neuen Saal, die Zinnschmelze wurde komplett umgebaut und die Kunstklinik (ehemals Kulturhaus Eppendorf) konnte Ende April neue Räumlichkeiten in der Martinstraße beziehen. Einzig der Kulturpunkt im Barmbek-Basch bedarf noch einer Lösung seiner Raumprobleme und die Halle des Goldbekhauses ist dringend renovierungsbedürftig. Dem wollen wir uns verstärkt in der nächsten Legislatur widmen.

Der größte Erfolg GRÜNER Kulturpolitik ist aber sicherlich die Realisierung der WIESE, das Zentrum der freien Theaterszene am Wiesendamm. Dort wird derzeit umgebaut. Der Bezirk hat frühzeitig Genossenschaftsanteile an der WIESE erworben – ein wichtiges Signal, dass die WIESE von der Bezirksversammlung ausdrücklich gewünscht ist. Die fortgeschrittenen Pläne waren dann auch der Türöffner für die Ansiedlung der Theaterakademie sowie des Jungen Schauspielhauses in der unmittelbaren Nachbarschaft. Diese Einrichtungen werden voraussichtlich 2019 am Wiesendamm Eröffnung feiern. Eine GRÜNE Vision wird so zur Wirklichkeit: die Theatermeile am Wiesendamm. Nach wie vor aber leiden die Stadtteilzentren und Geschichtswerkstätten an einer Unterfinanzierung. Die Erhöhung der Rahmenzuweisung im letzten Doppelhaushalt der Stadt Hamburg sowie die darin festgeschriebene jährliche Anpassung der Zuwendungen war hilfreich, kann aber die Unterfinanzierung nicht komplett ausgleichen. Wir wollen vor allem darauf achten, dass die Stadtteilkultureinrichtungen mit neuen, größeren Räumlichkeiten auch einen Ausgleich für gestiegene Unterhaltskosten erhalten. Eines der größten Probleme ist immer noch

der Mangel an geeigneten Übungsräumen für Musiker*innen. Meist gibt es keine ausreichend schallschutzgesicherten Räume, die auch bezahlbar sind. Für uns ist es wichtig, dass für unterschiedliche Personengruppen die jeweils geeigneten Räumlichkeiten vorhanden sind. Eine zentrale Aufgabe bezirklicher Kulturpolitik wird es daher sein, in der kommenden Legislatur, abgestimmt mit der Landesebene, neue und attraktive Übungsräume insbesondere auch für junge Musiker*innen zu schaffen.

Wir wollen auch in Zukunft über die in der Rahmenzuweisung durch den Senat bereitgestellten Mittel hinaus bezirkliche Mittel zur Förderung der Kultur verwenden. Dabei soll der Schwerpunkt auch weiterhin in der Förderung interkultureller Projekte liegen. Die Stelle für Interkultur beim Goldbekhaus wollen wir gern weiter fördern und je nach finanziellen Möglichkeiten diese kulturelle Schwerpunktsetzung auch anderen Häusern ermöglichen. Die erfolgreiche Medienarbeit des Kulturpunkts im Barmbek-Basch wollen wir ebenfalls mit bezirklichen Mitteln unterstützen und so längerfristig absichern.

Den bevorstehenden Generationenwechsel in den Stadtteilkulturzentren wollen wir unterstützend begleiten und die Digitalisierung der Einrichtungen und ihrer Auftritte – wo immer sinnvoll auch in leichter Sprache – bei Bedarf auch finanziell unterstützen. Mit der institutionellen Förderung des laufenden Betriebs der sechs Stadtteilkulturzentren und der Geschichtswerkstätten sind die vom Senat bereitgestellten Mittel für die Stadtteilkultur in Hamburg-Nord verplant. Deshalb wollen wir bei Bedarf ebenfalls auf bezirkliche Mittel zurückgreifen, um Impulsförderung für neue Vorhaben sicherzustellen. Prinzipiell wollen wir darauf achten, dass die Kultureinrichtungen nicht nur in baulicher Art barrierefrei gestaltet sind,

sondern auch ihre Kulturangebote. Wir wollen inklusive Kulturprojekte fördern.

Mit der Ansiedlung der WIESE, dem Jungen Schauspielhaus und der Theaterakademie eröffnen sich große Chancen für die Kulturlandschaft und die angrenzenden Quartiere. Wir wollen den Austausch fördern und je nach Wunsch der Einrichtungen auch die Entwicklung einer gemeinsamen Dachmarke für den Auftritt der Barmbeker Kultureinrichtungen unterstützen und dafür bei Bedarf auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Wir unterstützen Bemühungen, die WIESE zu einem Bestandteil der Theaternacht werden

zu lassen. Ein zu entwickelndes Programm für Stipendien freier Theaterschaffender an der WIESE wird von uns ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Langfristig muss dies die Hamburger Kulturbehörde finanzieren, eine Startförderung durch den Bezirk kann aber dieses Vorhaben entscheidend voranbringen. Die positive Entwicklung des Hamburger Puppentheaters wollen wir weiter unterstützen und den barrierefreien Umbau des Gebäudes sicherstellen. Aus dem ehemaligen Haus der Jugend soll ein attraktiver Theaterort werden. Dies werden wir im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten auch materiell befördern.

Wir wollen

- ▶ auch weiterhin zusätzlich bezirkliche Mittel für interkulturelle Projekte bereitstellen
- ▶ die Stelle für Interkultur beim Goldbekaus weiter finanzieren und ggf. auch anderen Häusern diese Möglichkeit zur Schwerpunktsetzung eröffnen
- ▶ eine Lösung für die Raumprobleme des Kulturpunkts im Barmbek*Basch finden
- ▶ die Medienarbeit des Kulturpunkts finanziell absichern
- ▶ die Halle des Goldbekhauses erneuern
- ▶ den Stadtteilkultureinrichtungen mit neuen Räumlichkeiten einen Ausgleich für die gestiegenen Unterhaltskosten gewähren
- ▶ die Digitalisierung der Stadtteilkultureinrichtungen – auch in leichter Sprache – finanziell unterstützen
- ▶ die Impulsförderung durch zusätzliche Mittel sicherstellen
- ▶ barrierefreie Kultureinrichtungen und inklusive Kulturprojekte fördern
- ▶ ein Stipendienprogramm für freie Theaterschaffenden an der WIESE unterstützen
- ▶ den barrierefreien Umbau des Puppentheaters sicherstellen
- ▶ neue Übungsräume für Musiker*innen schaffen

Sport

Sport und Sportvereine leisten einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität. Sport ist nicht nur gesund, Sport verbindet und bringt Menschen zusammen. In den Sportvereinen kann Inklusion – als Zusammenleben, das die Verschiedenheit der einzelnen Menschen nach Alter, Geschlecht, Religion, Herkunft, Behinderung oder sexueller Orientierung akzeptiert und mitdenkt und dadurch gleichberechtigte Teilhabe möglich macht – unkompliziert gelingen.

Wichtige Werte wie gegenseitiger Respekt, Empathie und Gemeinschaftsgefühl werden bei gemeinsamen sportlichen Aktivitäten

gelernt und gelebt. Die meist ehrenamtlich Engagierten in den Sportvereinen vermitteln damit weit mehr als nur sportliche Grundlagen. Die Sportvereine in Hamburg-Nord leisten enorm viel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dafür gebührt Ihnen großer Dank. Diese Arbeit wollen wir auch weiterhin aktiv und materiell unterstützen!

In den vergangenen Jahren waren wir GRÜNEN verlässlicher Partner des Sports im Bezirk. So wurden auf unsere Initiative verschiedene Infrastrukturprojekte mit bezirklichen Mitteln finanziert, z.B. das neue Verbandshaus des Hamburger Rugby-Verbands,



Spitzenkandidat Michael Werner-Boelz mit Spieler*innen des HTHC Hamburg Warriors Lacrosse auf dem künftigen Kunstrasenplatz in Langenhorn

der Kunstrasenplatz des SC Victoria sowie des TSV Groß Borstel (inkl. eines neuen Vereinsheims) und auch bei der Finanzierung des multifunktionalen Sportzentrums des ETV in Hoheluft-Ost waren wir im Bezirk die treibende Kraft. Auf unsere Initiative hin haben wir den Sportvereinen auch 200 Tsd. Euro aus bezirklichen Mitteln zur Förderung von Sportangeboten für Geflüchtete bereitgestellt. Diese wurden zahlreich in Anspruch genommen. So konnte ein vielfältiges Sportangebot von Volleyball über Fußball bis hin zu Tanzen integrativ wirken.

Die größte Herausforderung der Zukunft ist eine ausreichende Infrastruktur für den Sport. In einer wachsenden Stadt müssen Sportflächen mitwachsen. Durch den Zuzug vieler Neubürger*innen gibt es bei zahlreichen Vereinen lange Wartelisten oder gar Aufnahmestopps für bestimmte Sportangebote. Hinzu kommt, dass durch die Ganztagsbetreuung an Schulen eine stärkere Auslastung der Sporthallen notwendig wird, die aber zu Lasten der Vereine geht.

Mit Ausnahme weniger Bezirkssporthallen werden Sporthallen von Schulbau Hamburg gebaut. Grundlage dafür ist die Zahl der Schüler*innen bzw. die prognostizierte Schulentwicklung – der Bedarf der Sportvereine wird jedoch bisher noch nicht berücksichtigt. Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft erscheint die Bedarfsberechnung allein nach der Anzahl der Schüler*innen nicht mehr unbedingt zeitgemäß. Auf Initiative von SPD und GRÜNE hat daher die Bürgerschaft beschlossen, den Sportflächenbedarf zu ermitteln und für eine angemessene Berücksichtigung der Belange des Sports in Prozessen der Stadtentwicklung zu sorgen. Auch auf Bezirksebene haben wir uns dafür stark gemacht, dass bei der Aufstellung von Bebauungsplänen künftig der Sportflächenbedarf stärker berück-

sichtigt wird. Für den Stadtteil Groß Borstel hat der HSB aufgrund der dortigen Bautätigkeit eine Bedarfsermittlung für Sportflächen vorgenommen. Wir wollen zeitnah den dort festgestellten zusätzlichen Bedarf an Sportflächen befriedigen.

Wir wollen auch sicherstellen, dass beim Bau von neuen Sporthallen eine bessere und frühzeitigere Abstimmung zwischen Schulbau Hamburg und den Vereinen, die diese Sportflächen nutzen sollen, stattfindet. Der Platzbedarf des Sports ist bei der Planung und Umsetzung der Baumaßnahme frühzeitig mit einzubeziehen.

Die bezirklichen Mittel wollen wir wie in den letzten Jahren dazu nutzen, die Sportinfrastruktur zu stärken. Dabei werden wir die Herstellung von Kunstrasenplätzen fördern, da sie eine deutlich höhere Bespielbarkeit ermöglichen und damit eine größere Auslastung gewährleisten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die boomende Sportart Beachvolleyball in Hamburg-Nord eine wettkampftaugliche Spielfläche erhält.

Im Bezirk soll eine neue Sporthalle unter der Verantwortung des Bezirksamts errichtet werden, die nicht an Zeiten von Schule und Schulferien gebunden ist. Hierfür wollen wir auf Landesebene Mittel einwerben. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen werden wir dafür sorgen, dass verstärkt der Sportflächenbedarf berücksichtigt wird.

Die von der Bürgerschaft beschlossene Bedarfsermittlung für Sportflächen wird positive Konsequenzen für die Sportvereine haben müssen. Wir werden uns sehr genau die ermittelten Zahlen für den Bezirk sowie die einzelnen Sportarten anschauen und alles daran setzen, zusätzliche Anforderungen zu erfüllen und entsprechende neue Sportflächen zu errichten. Dabei werden wir darauf achten, dass Modernisierungsmaßnahmen und Neubauten barrierefrei gestaltet wer-

den. Hierfür werden wir bei der Landesebene entsprechende Mittel einwerben.

Mit den bezirklichen Mitteln wollen wir auch weiterhin integrative Sportangebote finanziell unterstützen. Immer wichtiger werden auch Reha-Sportangebote. Wir wollen sicherstellen, dass die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um den wachsenden Bedarf befriedigen zu können. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass inklusive Sportangebote auch dann gefördert werden, wenn Menschen mit Handicap unter sich bleiben wollen.

Wir wollen, dass jedes Kind schwimmen lernt. Dazu muss die Landesebene konzeptionelle Voraussetzungen schaffen, dass die

Quote der sogenannten sicheren Schwimmer*innen bei Abschluss der Grundschule deutlich erhöht wird. Eine engere Kooperation mit Schwimmvereinen unterstützen wir dabei ausdrücklich.

Hamburg-Nord besticht durch seine Vielzahl an angebotenen Sportarten: Ob Handball, Rugby, Tanzen, Hockey – hier kann fast jeder körperlicher Betätigung nachgegangen werden, im Verein oder im unorganisierten Sport. Diese Vielfalt des Sportangebots wollen wir erhalten – sowohl im Hinblick auf die Sportarten, als auch die Intensität der Ausübung. Ob Leistungs- oder Freizeitsport, ob im Verein, in Freizeitsportgruppen oder individuell – wir GRÜNEN sind Partner des Sports!

Wir wollen

- ▶ auch weiterhin verlässlicher Partner*in des Sports sein
- ▶ die Vielfalt des Sportangebots erhalten
- ▶ bei der Aufstellung von Bebauungsplänen den Sportflächenbedarf berücksichtigen
- ▶ den Bedarf der Sportvereine beim Bau von Sporthallen durch Schulbau Hamburg frühzeitig in die Planung einbeziehen
- ▶ die Herstellung von Kunstrasenplätzen fördern
- ▶ eine wettkampftaugliche Spielfläche für die boomende Sportart Beachvolleyball in Hamburg-Nord schaffen
- ▶ eine neue Sporthalle in der Verantwortung des Bezirks bauen und betreiben
- ▶ die barrierefreie Gestaltung von Neubauten und Modernisierungsmaßnahmen
- ▶ integrative Sportangebote mit bezirklichen Mitteln unterstützen
- ▶ Voraussetzungen dafür schaffen, dass jedes Kind schwimmen lernen kann

Soziales, Integration, Inklusion



Für uns GRÜNE ist klar: Jede und jeder braucht einen Platz in unserer Gesellschaft. Wir möchten eine „Stadt für alle“, in der sich Menschen wohlfühlen – egal welche Hautfarbe, Religion, sexuelle Orientierung, (soziale) Herkunft oder welches Geschlecht sie haben. Der in den letzten Jahren vor allem in Europa etablierte und auch in Hamburg spürbare Rechtspopulismus versucht die Gesellschaft genau an solchen Merkmalen zu spalten. Dem treten wir entschlossen entgegen: Ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben für geflüchtete Menschen, für Menschen mit körperlichen oder psychischen Einschränkungen und für alle, die einfach nur „anders“ sind als andere, ist unser Ziel auch in der nächsten Legislaturperiode.

Die soziale Spaltung verstärkt sich leider auch dadurch, dass die Einkommens- und Vermögensungleichheit in den letzten Jahren zugenommen hat. Trotz Wirtschaftswachstums ist das reale Einkommen von Geringverdiener*innen und Teilen der Mittelschicht in den letzten Jahrzehnten gesunken, während Einkommen und Vermögen von Topverdiener*innen angestiegen sind. Auf das reichste 1% der Bevölkerung entfällt fast ein Drittel (32%) des Gesamtvermögens. Besonders Kinder sind zunehmend von Armut betroffen. Fast jedes siebte Kind ist auf Hartz 4 angewiesen. Jedes fünfte Kind in Hamburg bezieht SGB-II-Leistungen. Bildung für alle sowie eine aktive Kinder- und Jugendarbeit sind der Schlüssel, um diesen Problemen entgegenzu-



treten (siehe auch Kapitel „Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene).

In Hamburg sind die viel zu hohen Mieten – wie in anderen Großstädten – zur sozialen Frage geworden. Wir möchten ein „Hamburg für alle“ und nicht nur für Besserverdiener*innen. Deshalb setzen wir uns für eine Durchmischung der Quartiere ein. Beim notwendigen Wohnungsbau sollen verstärkt Wohnungen mit Sozialbindung entstehen und langfristig gesichert werden (vgl. Wohnen – bezahlbar, grün und vielfältig).

Menschen, die bei uns Schutz vor Verfolgung, Krieg und Diskriminierung suchen, möchten wir ein würdevolles Leben ermöglichen. Dies beginnt bei der Unterkunft. Wir setzen uns für dezentrale Einrichtungen ein, die gerecht auf die Stadtteile verteilt werden. Auch andere Wohnprojekte können zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen. So können wir uns zum Beispiel gemeinsame Wohnungen für Obdachlose und Studierende oder ganze Mehrgenerationenhäuser vorstellen. Wir stehen für eine akzeptierende Obdachlosenarbeit im Bezirk. Obdachlose Menschen dürfen nicht diskriminiert werden. Allerdings ist uns

bewusst, dass Menschen temporär oder langfristig keinen festen Wohnsitz haben möchten oder die Obdachlosigkeit aus diversen Gründen nicht aufgeben können. Denjenigen, die Hilfe benötigen, soll geholfen werden. Besonders – aber nicht ausschließlich – im Winter muss es genügend Übernachtungsmöglichkeiten geben. Um genügend Hilfsangebote zu gewährleisten, werden wir uns dafür einsetzen, mehr Straßensozialarbeiter*innen in Hamburg-Nord einzustellen.

Wir treiben die Integrations- und interkulturelle Inklusionsarbeit im Bezirk voran: In der vergangenen Legislatur konnten wir dazu verschiedene Projekte auf den Weg bringen. So wurden zum Beispiel 200.000 Euro für Sportangebote für Geflüchtete bereitgestellt. Ferner haben wir rund 450.000 Euro für Maßnahmen zur Barrierefreiheit im Bezirk Hamburg-Nord bewilligt und damit dazu beigetragen, dass sich Menschen trotz körperlicher Einschränkungen fortbewegen können. Auch die Finanzierung der Initiative Welcome to Barmbek haben wir in der vergangenen Legislaturperiode unterstützt. Wir möchten uns auch weiterhin für Projekte und Organisati-

onen einsetzen, die Anlaufstellen und Austauschmöglichkeiten für Geflüchtete bieten. 2018 fand zum ersten Mal eine „Woche der Vielfalt“ statt. Die Mittel hierfür wurden auf unsere Initiative von der Bezirksversammlung bereitgestellt. Sie hat gezeigt, wie wichtig und spannend ein bunter und vielfältiger Bezirk sein kann. Im Rahmen der Veranstaltungen und Workshops konnten sich viele Menschen vernetzen, denen Integration und Inklusion wichtig ist. Die „Woche der Vielfalt“ soll auch in den kommenden Jahren stattfinden. Damit wollen wir den Austausch und die Vernetzung der verschiedenen Organisationen von Migrant*innen sowie der Institutionen fördern, die sich für soziale Vielfalt einsetzen.

Auch im 21. Jahrhundert sind Lesben, Schwule, bi-, trans- und intersexuelle sowie queere Menschen (LSBTIQ) häufig Opfer von Diskriminierung und Ausgrenzung. Das Magnus-Hirschfeld-Centrum (mhc) leistet schon seit über 30 Jahren wertvolle und erfolgreiche Arbeit in unserem Bezirk, indem es als Beratungsstelle und Jugendzentrum ein vielfältiges Angebot für LSBTIQ bietet. Dazu zählen insbesondere Beratungs- und Unterstützungsangebote für Trans*-Personen und queere Geflüchtete. Wir werden das mhc weiterhin auf Bezirksebene unterstützen und uns dafür einsetzen, dass auf Landesebene ausreichende Mittel für die Arbeit dort bereitgestellt werden.

Für uns GRÜNE ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern eines der Ur-Ziele, von dessen Verwirklichung wir aber leider noch weit entfernt sind. Wir selbst quotieren unsere Wahlkreis- und Bezirkswahlliste, damit mindestens 50% der Bezirksfraktion Frauen sind. Wir wollen weiterhin Einrichtungen für Frauen unterstützen. Da Frauen bei gleicher Arbeit oftmals immer noch schlechter bezahlt werden als Männer, sind es häufig sie, die die

Kinderbetreuung übernehmen und ihren Beruf zurückstellen.

Qualitativ gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind daher ein Schlüssel, um Frauen zu ermöglichen, ihren Beruf weiter auszuüben. Selbstverständlich müssen Frauen und Männer für die gleiche Arbeit die gleiche Bezahlung erhalten. Dies muss allerdings auf Bundesebene umgesetzt werden. Eine weitere Möglichkeit, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten, sind sogenannte Co-Working-Spaces. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass im Bezirk mehr Räume geschaffen werden, in denen Mütter und Väter selbstbestimmt arbeiten und durch die gemeinsame und zeitlich flexible Nutzung einer Büroinfrastruktur finanziell entlastet werden können.

Wir sehen Vereinsamung als ernstzunehmendes Problem in unserer Gesellschaft an. Wir möchten daher Bürger*innen unterstützen, miteinander in Kontakt zu treten. Dafür wollen wir Begegnungsstätten schaffen und bestehende Quartierscenter wie das Barmbek^oBasch



Tauschschrank auf der Brücke Alsterdorfer Damm

weiterhin unterstützen. Dort können Menschen unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen zusammenkommen und vielfältige Beratungs- und Veranstaltungsangebote nutzen.

Wir fordern außerdem die Einrichtung von öffentlichen Tauschbörsen, die neben der Vernetzung von Menschen auch als Gegenpol zur heutigen Wegwerfgesellschaft wirken können. Ein Beispiel hierfür können alte Telefonzellen oder ähnliches sein, in denen Bücher, Zeitschriften oder CDs getauscht werden. Als langfristiges Ziel möchten wir in jedem Stadtteil mindestens einen Bücherschrank oder eine alte Telefonzelle an zentralen Punkten aufstellen. Hier sollen auch Menschen, die sonst keine Möglichkeit oder Scheu haben, an Bücher zu kommen, barrierefrei in den Kontakt mit diesem Medium kommen können. Einen Pilotversuch soll es in Barmbek-Nord auf der sanierten Fuhlsbüttler Straße geben. Jeder Schrank soll durch ehrenamtliche Paten betreut werden. Es ist zu prüfen, inwiefern Fördermittel aus den Stadtteilräten oder Sanierungsbeiräten (zum Beispiel Sanierungsbeirat Fuhlsbüttler Straße) beantragt werden können. Weiterhin ist zu prüfen, inwiefern bei der Betreuung und

Bestückung mit den Bücherhallen kooperiert werden kann. Wir fordern ein Verzeichnis aller öffentlicher Bücherschränke auf hamburg.de. Die Vernetzung von Nachbar*innen kann ferner auch durch lokale Internet Communities gefördert werden.

Es gibt aber auch Nachbar*innen, die wir in unserem Bezirk nicht brauchen – wer selbst Intoleranz und Hass fördert und lebt, kann von anderen auch keine Toleranz erwarten oder gar fordern: Gemeinsam mit fast allen im Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg (BUHD) vertretenen Parteien haben wir uns in einer Resolution für die Schließung des ThorSteinar-Ladens in der Fuhlsbüttler Straße eingesetzt und die Demonstrationen gegen die Nordic Company unterstützt, die mit Label und Laden die rechtsextreme Infrastruktur in Hamburg ausbauen will. Die Proteste haben dazu geführt, dass der Laden im Januar 2018 schließen musste.

Wir setzen uns außerdem für eine konsequente Antidiskriminierungspolitik ein. Menschen dürfen beispielsweise bei der Wohnungs- oder Jobsuche nicht aufgrund ihres Nachnamens diskriminiert werden.

Wir wollen

- ▶ eine Stadt für alle, denn jede*r braucht einen Platz in unserer Gesellschaft
- ▶ Integrations- und Inklusionsarbeit weiter vorantreiben
- ▶ Quartierscenter weiterhin unterstützen
- ▶ die Hälfte der Macht für Frauen
- ▶ gegen Rechtsextremismus und für eine offene Gesellschaft eintreten
- ▶ eine konsequente Antidiskriminierungspolitik

Kinder, Jugend und junge Erwachsene



Kelle-Skatepark in Eppendorf

Wir setzen uns für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ein. Sie sollen besonders in schwierigen Situationen ausreichend Anlaufstellen haben. Allgemein muss es im Bezirk Angebote geben, die ihren Bedürfnissen und Anforderungen gerecht werden.

Kinder- und Jugendarbeit hat einen sozialpolitischen, pädagogischen und soziokulturellen Auftrag. Sie soll Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in ihrem Heranwachsen und auf dem Weg zur Mündigkeit begleiten. Das ist vor allem bei einem bildungsfernen oder sozial schwachen Hintergrund wichtig. Diese Arbeit wird in den unterschiedlichsten Einrichtungen geleistet – zum Beispiel in Jugendhäusern, auf Abenteuer- und Bauspielplätzen oder in Kirchengemeinden. Dies kann präventiv Probleme verhindern und den Kindern und jungen Menschen Perspektiven in der Gesellschaft bieten.

In einer wachsenden Stadt gibt es zusätzliche Anforderungen an die soziale Infrastruktur. Wir haben uns auf Landesebene dafür stark gemacht, die unzureichenden

Rahmenezweisungen im Bereich der Kinder-, Jugend-, und Familienhilfe (Offene Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung sowie sozialräumliche Hilfen und Angebote) zu erhöhen und waren damit auch erfolgreich: Die Rahmenezweisungen werden im nächsten Haushalt um jährlich 1,5 Mio. € Euro für ganz Hamburg erhöht. Wir möchten eine langfristig ausreichende Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Familienförderung erreichen. Bei Einrichtungen der Jugendsozialarbeit wie Hude e.V. oder dem Jugendberatungszentrum (JBZ) darf nicht gekürzt oder gar an Schließung gedacht werden. Sie sind besonders wichtig, da sie auch Angebote für junge Erwachsene machen, die mit Beginn der Volljährigkeit aus vielen Programmen für Jugendliche herausfallen.

Durch Geld aus dem Quartiersfonds konnten wir auch im Bezirk die Unterfinanzierung im Bereich der Jugendhilfe teilweise auffangen. Wir haben die Angebote der Jugendhilfe für junge Geflüchtete ergänzt und erweitert. Das „Spielhaus Tilly“ wurde in eine Kindertages-

stätte umgewandelt. Wir haben Geld bereitgestellt, um Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche zu unterstützen. Damit wollten wir die Barrieren zur Teilnahme für einkommensschwächere Familien senken.

Die Neu- und Umgestaltung von verschiedenen Bolz- und Spielplätzen war uns in der vergangenen Legislaturperiode wichtig. Sie sind Begegnungsräume und bieten Kindern Platz zum Spielen und Austoben. So konnten wir zum Beispiel für die Neugestaltung des Spiel- und Bolzplatzes Landwehr/Freiligrathstraße zusätzliche Mittel aus dem Quartiersfonds bereitstellen. Der Platz liegt gegenüber einer Folgeunterkunft für Geflüchtete. Bei einem Beteiligungsverfahren konnten die Bewohner*innen ihre Wünsche und Vorstellungen mit einbringen. Außerdem haben wir uns dafür eingesetzt, dass die marode Holzseisenbahn auf dem Grasweg-Spielplatz ersetzt werden konnte.

Wir setzen uns außerdem weiterhin für inklusive Spielplätze ein. Auf Spielplätzen werden Freundschaften gepflegt. Durch körperliche Aktivität werden ein gesundes Körpergefühl und Selbstbewusstsein gefördert. Dies ist besonders im städtischen Raum von großer Bedeutung und muss allen Kindern und Jugendlichen möglichst sein. Inklusion muss daher auch bei

Spielplätzen mitgedacht werden. Außerdem möchten wir weiterhin gewährleisten, dass Kinder und Jugendliche, wie schon in den letzten Jahren, positive Erfahrungen durch Ferienfreizeiten sammeln können, auch wenn sie aus finanziell weniger gut aufgestellten Familien stammen.

Mit einer bedarfsgerechten Jugendhilfeplanung möchten wir die Handlungsfelder der Jugendhilfe entwickeln, die Planungen an aktuelle Entwicklungen anpassen und so Perspektiven für junge Erwachsene, Familien und Jugendliche schaffen. Dabei soll es nach Möglichkeit auch ein ausreichendes Angebot für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Behinderung geben.

Wir wollen außerdem die Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen stärken und verbindlich machen. Darum setzen wir uns dafür ein, auf Landesebene ein Jugendmitwirkungsgesetz zu verabschieden. Für Senior*innen gibt es schon das Seniorenmitwirkungsgesetz, das für Hamburger Senior*innen eine institutionelle Beteiligung beispielsweise im Rahmen der Ausschüsse der Hamburger Bezirksversammlungen sichert. Nach diesem Vorbild wollen wir uns auf Landesebene für ein Hamburger Jugendmitwirkungsgesetz einsetzen.

Wir wollen

- ▶ eine langfristig ausreichende Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Familienförderung
- ▶ eine bedarfsgerechte Jugendhilfeplanung
- ▶ Angebote für junge Erwachsene fördern
- ▶ ein Jugendmitwirkungsgesetz



FOTO: PIXABAY

Senior*innen

Senior*innen sind eine wachsende Bevölkerungsgruppe mit individuellen Bedürfnissen und Anforderungen. Eine älter werdende Gesellschaft bedeutet, dass wir auch die Bezirkspolitik neu denken müssen. Wir schätzen daher die Arbeit des bezirklichen Seniorenbearrats. Er ist wichtiger Ansprechpartner und Impulsgeber für eine seniorengerechte Politik im Bezirk.

Eine seniorengerechte Politik hat zahlreiche Facetten. Wir möchten in erster Linie erreichen, dass Senior*innen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben führen können. Hierfür ist vor allem die Barrierefreiheit im Alltag wichtig. Einkäufe und sonstige Erle-

digungen sollten für alle leicht erreichbar sein, Freiräume gehören zuerst Menschen als Quelle frischer Luft – und nicht dem motorisierten Verkehr.

Durch unsere Forderung, dass vor Schulen, Kitas und Seniorenheimen Tempo 30 eingeführt wird, haben wir uns für die Verkehrssicherheit der Senior*innen eingesetzt. Diese Forderung wurde aber noch längst nicht ausreichend umgesetzt, hier bleibt noch viel zu tun. Im Verkehrsausschuss wurde auf unseren Antrag hin außerdem die Absenkung von Bordsteinkanten an Einmündungen und das Aufstellen von seniorengerechten – also bequemen und durch ihre Höhe das Aufste-

hen unterstützenden – Sitzbänken beschlosen. Mit verschiedenen Maßnahmen haben wir uns dafür eingesetzt, z.B. die Anbindung der Seniorenwohnanlage Kiefförn auf dem Dulsberg zu verbessern. So sollen Gehwege ausgebaut und eine sichere Querungsmöglichkeit über den Kiefförn geschaffen werden. Damit haben wir den Zugang zu Grünanlagen sowie zur U-Bahnstation Alter Teichweg ermöglicht.

Über die generationengerechte Gestaltung von Straßen, Plätzen und Freiräumen hinaus muss auch die medizinische Versorgung im Bezirk wohnortnah erhalten und ausgebaut werden. Wir möchten prüfen, welche Maßnahmen wir im Bezirk Hamburg-Nord einleiten können, um Defizite bei Gesundheitsversorgung und Pflegeangeboten entgegenzuwirken. Weil insgesamt die Anzahl der Pflegebedürftigen auch in unserem Bezirk steigt, müssen ambulante und stationäre Pflege ausgebaut werden. Zu einem weitgehend selbstbestimmten Leben können Tagespflegeeinrichtungen beitragen. Sie bieten den Pflegebedürftigen Betreuung und soziale Kontakte, individuelle Fähigkeiten können bei gezielten Ak-

tivitäten bewahrt werden. So ermöglichen diese Einrichtungen auch eine Entlastung der Angehörigen.

Um die Qualität der Pflege zu gewährleisten, sollen Prüfberichte der Wohn-Pflegeaufsicht transparent gemacht werden und allen Pflegebedürftigen und deren Angehörigen zur Verfügung stehen. Die Wohn-Pflegeaufsicht in den Bezirken muss weiterentwickelt und effektiver organisiert werden. Ergänzend möchten wir die aufsuchende Senior*innenarbeit im Bezirk Nord fördern und Initiativen unterstützen, die Dienstleistungen für ältere Menschen auch ohne Pflegegrad ermöglichen – wie zum Beispiel Einkaufen und Einkaufsbegleitung in Kooperation zwischen dem Verein zur Förderung des Einzelhandels und dem Jobcenter.

Senior*innentreffs leisten wichtige Arbeit, indem sie Freizeit- und Bildungsangebote bieten. Wir möchten diese Treffpunkte deshalb im Rahmen unserer bezirklichen Möglichkeiten unterstützen und befürworten besonders die interkulturelle Öffnung, wie zum Beispiel im Seniorentreffpunkt Dulsberg, wo es eine persische, aber auch eine deutsch/bosnisch/kroatische Kulturgruppe gibt.

Wir wollen

- ▶ die Barrierefreiheit im Bezirk Hamburg-Nord ausweiten
- ▶ die Wohn-Pflege-Aufsicht weiterentwickeln und ihre Berichte transparenter machen
- ▶ aufsuchende Senior*innenarbeit im Bezirk fördern
- ▶ prüfen, mit welchen Maßnahmen wir den Defiziten in der Gesundheitsversorgung und bei Pflegeangeboten auf Bezirksebene entgegenwirken können
- ▶ Senior*innentreffs unterstützen



Aus Beteiligung erwachsener Plan zur Neugestaltung des Spielplatzes Marschnerstraße in Barmbek

Demokratie – ohne Bürger*innen geht nichts!

Bezirkspolitik geht uns alle an – und genau darum wollen wir, dass sich alle Menschen in Hamburg-Nord auch an den politischen Entscheidungen beteiligen können. Nicht nur alle fünf Jahre an der Wahlurne mit ihrer Stimme für die Bezirksversammlung, sondern immer wieder. Bei der Gestaltung der Grünfläche nebenan, des Radwegs auf dem Weg zur Arbeit oder der Benennung einer neuen Straße haben Bürger*innen das Recht, Informationen zu

erhalten und sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen.

Wir wissen, dass es dabei zu Interessengegensätzen kommen kann. Aber genau daher ist es so wichtig, dass es offene Plattformen mit klaren Verfahren für den Meinungs austausch gibt. Nur so können alle Stimmen, auch die leisen, Gehör finden! Das ist für uns auch deshalb wichtig, weil wir GRÜNEN selbst aus zahlreichen Bürgerinitiativen entstanden sind.

Beteiligung für alle – mit Transparenz und Mut zu neuen Formen!



Immer wieder erleben wir in Beteiligungsverfahren, dass dort weniger ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung vertreten ist und als eine ganz bestimmte Gruppe überproportional die Diskussionen bestimmt. An solchen Verfahren beteiligen sich nämlich stärker diejenigen, die schon in einem bestimmten Wohnumfeld leben und Angst haben, von Planungen negativ betroffen zu sein. Jene aber, die z.B. von einem Radfahrstreifen, einer neuen Wohnung oder einer besseren Busverbindung später profitieren würden, sind oft (noch) gar nicht involviert. Deshalb wollen wir versuchen, auch neue Wege zu gehen und verschiedene Formen der Beteiligung erproben, um immer möglichst viele Menschen und unterschiedliche Interessen aktiv an Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen.

Die Möglichkeiten der Beteiligung sind oft vielfältig. Wir möchten, dass die Bürger*innen im Bezirk Hamburg-Nord alle Beteiligungsverfahren schnell und einfach über einen Button auf der Homepage des Bezirksamts finden können.

Wir sind offen für neue Formen der Beteiligung wie sie z.B. in Planungszellen bzw. Bürgergutachten praktiziert werden. Dabei werden die beteiligten Bürger*innen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Auch „systemischer Konsens“ als Entscheidungsverfahren, bei dem aus selbst entwickelten Lösungsvorschlägen jener ermittelt wird, der die geringste Ablehnung erfährt, wollen wir als Beteiligungsverfahren im Bezirk erproben. Aus diesen verschiedenen Formen wollen wir lernen, für die jeweilige Problemlage die

beste Form der Beteiligung zur Anwendung bringen. Damit alle Personengruppen beteiligt werden können, legen wir Wert auf verständliche und barrierefreie Kommunikation. Wichtig dafür ist es vor allem, frühzeitig zu beteiligen. Wenn Planungen bereits fortgeschritten sind, gibt es oft nur noch die Möglichkeit des Protests. Wenn Bürger*innen aber frühzeitig informiert werden und ihre Vorstellungen einbringen können, engagieren sie sich trotz bestehender Interessengegensätze leichter für ein Projekt. Darum haben wir in der vergangenen Legislatur frühzeitig unabhängige Mediator*innen in Beteiligungsprozesse eingebunden und wollen dies fortsetzen.

Stadtteilräte stehen allen Menschen in Hamburg-Nord offen. Dort können sie sich in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft über aktuelle politische Entwicklungen, Planungen und Ideen informieren. Und Sie können eigene Ideen einbringen! Die Stadtteilräte haben in den letzten Jahren wichtige Impulse für die Bezirkspolitik gesetzt. Ob bei der Verkehrsplanung, durch Hinweise auf Leerstand oder mit sozialer Vernetzung – Stadtteilräte weisen die

Bezirkspolitik kompetent auf Handlungsbedarf hin. Darum wollen wir diese Gremien weiter stärken und bei Bedarf in allen Stadtteilen Stadtteil- bzw. Quartiersbeiräte ermöglichen. Bei Bedarf werden wir eine ausreichende Finanzierung der Stadtteilräte über den Quartiersfonds absichern. Die Forderung aus den Reihen der Stadtteilräte, diese bei Planungsprozessen als Träger öffentlicher Belange frühzeitig zu beteiligen, unterstützen wir.

Grundvoraussetzung für Beteiligung sind Transparenz und Information. Dank des Transparenzgesetzes können Hamburger*innen inzwischen viele Informationen aus der Verwaltung abfragen. Diese Praxis möchten wir fortsetzen und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten ausbauen. Veröffentlichungen sollen dabei barrierefrei gestaltet werden.

Wie von Transparency International vorgeschlagen, wollen wir uns dafür einsetzen, dass sich die Bezirksversammlung Hamburg-Nord Verhaltensregeln für Mandatsträger*innen gibt und so insbesondere die Annahme von Belohnungen, Geschenken und Einladungen klar, eindeutig und transparent regelt.



FOTO: HENNING ANGERER

Jamila Schäfer (stellvertretende Bundesvorsitzende GRÜNE) und Michael Werner-Boelz (Spitzenkandidat) in einer Diskussionsveranstaltung

Inklusive Gesellschaft, inklusiver Bezirk!

Eine inklusive Gesellschaft muss auf allen Ebenen funktionieren. Alle Entscheidungen des Bezirks betreffen auch Menschen mit Beeinträchtigungen. Um ihre Perspektive zu berücksichtigen, wollen wir die Einrichtung eines Inklusionsbeirats nach dem Vorbild anderer Bezirke prüfen, der z.B. bei Bau- und Sozialmaßnahmen beraten kann. Seinen Mitgliedern soll gegebenenfalls ein ständiger beratender Sitz im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Inklusion angeboten werden, wie es bei anderen Interessengruppen bewährte Praxis ist. Menschen, die Deutsch noch nicht gut verstehen, finden sich in den Informationen des Bezirks oft nicht vollständig zurecht. Darum wollen wir uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass das fremdsprachige Angebot des Bezirks im Internet ausgeweitet wird. Ebenso ist

es wichtig, dass die Bezirksangebote auch in leichter Sprache beschrieben werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das erarbeitete Konzept für ein inklusives Bezirksamt finanziert und umgesetzt wird.

Wir möchten auf Landesebene ein Hamburger Partizipations- und Inklusionsgesetz, wie es Berlin seit 2010 hat. Darin wird Menschen mit Migrationshintergrund die gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ermöglicht. Gleichzeitig wird jede Benachteiligung und Bevorzugung ausgeschlossen. Grundgedanke des Gesetzes sollte es sein, dass erfolgreiche Inklusion ein gesamtgesellschaftlicher Prozess ist, der nur im Dialog aller gesellschaftlichen Gruppen gelingen kann. Einen demokratischen und gerechten Rahmen hierfür zu schaffen ist Ziel des Gesetzes.



Tastbare Piktogramme im Testareal für ein inklusives Orientierungssystem im Bezirksamt Hamburg-Nord

Willkommen in Hamburg-Nord!

Wer neu in Hamburg-Nord ist, egal ob aus Dortmund, Detroit oder Damaskus zugezogen, braucht Orientierung. Wie funktioniert die Politik, welche Angebote des Öffentlichen Nahverkehrs gibt es, wo kann mein Kind zur Schule gehen und welches

Kulturangebot hat Hamburg? Um neuen Nachbar*innen eine Orientierung zu bieten, wollen wir uns auf Landesebene für ein Willkommenspaket mit den wichtigsten Informationen einsetzen, das auch digital angeboten wird.

Wir wollen

- ▶ verschiedene und neue Beteiligungsformen ausprobieren
- ▶ transparente Verhaltensregeln für Mandatsträger*innen
- ▶ die Einrichtung eines Inklusionsbeirats nach dem Vorbild anderer Bezirke prüfen
- ▶ uns auf Landesebene für ein Partizipations- und Inklusionsgesetz einschließlich von Regelungen zur Mitwirkung von Inklusionsbeiräten
- ▶ ein Willkommenspaket für neue Nachbar*innen

Engagierte Bürgerin? Engagierter Bürger? Wir hätten da etwas GRÜNES für Sie...

Ohne engagierte Bürger*innen ist Demokratie nicht möglich. Auch wir GRÜNEN sind dabei auf Sie angewiesen.

- ▶ Wenn Sie Ideen haben, auf Pläne oder Missstände aufmerksam werden und meinen „dazu müssten doch die GRÜNEN mal etwas sagen“: Sprechen Sie uns einfach an!
- ▶ Wenn Sie Kritik an unserer Bezirkspolitik haben: Sprechen Sie uns einfach an!
- ▶ Wenn Sie den Eindruck haben, dass die Medien, die Sie lesen, hören oder sehen, nicht ausreichend über die Bezirkspolitik berichten: Sprechen Sie uns einfach an!

Unsere Bezirksfraktion informiert und diskutiert gern über unsere Aktivitäten in der Bezirksversammlung. Wir gehen politischem Streit nicht aus dem Weg und freuen uns, wenn wir wichtige neue Aspekte eines Konflikts berücksichtigen können.

- ▶ Und wenn Sie GRÜNE Politik überzeugt und Sie überlegen, sich mehr engagieren zu wollen, sprechen Sie uns an! Wir freuen uns immer über neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter.



Die Bezirksversammlung steht zur Wahl

Auf einen Blick

- ▶ Bezirksversammlung: sozusagen das „Parlament“ auf Bezirksebene
- ▶ 51 Bezirksabgeordnete in Hamburg-Nord, Wahl alle fünf Jahre
- ▶ Themen: wenig Weltpolitik, aber dafür Lebensqualität vor der Haustür: Radwege, Fußwege, Straßen, Plätze, Freiräume, Bebauungspläne (=neuer Wohnraum), Parks, Grünflächen, soziales und kulturelles Leben

Bezirksversammlung – was ist das?

Hamburg besteht aus sieben Bezirken. Damit in jedem Bezirk politische Entscheidungen getroffen werden können und nicht alles aus dem Rathaus geregelt werden muss, gibt es in jedem Bezirk eine Bezirksversammlung. Sie ist an das Bezirksamt (wo z.B. der Personalausweis verlängert wird) angegliedert und ist formal ein sogenannter „Verwaltungsausschuss“ und hat 51 Mitglieder.

Im Prinzip kann man sie sich wie ein kommunales Parlament vorstellen, mit eigenen

Ausschüssen und stadtpolitischen Debatten. Die Mitglieder der Bezirksversammlung werden von den Bürger*innen in Hamburg-Nord alle fünf Jahre gewählt – Sie haben also die Wahl! Die Sitzungen sind öffentlich und es gibt eine Bürgerfragestunde, bei der Anliegen vorgetragen werden. Die Bezirksversammlung ermöglicht somit, dass die Menschen im Bezirk an Angelegenheiten mitwirken, die für den Bezirk von Bedeutung sind und unser aller Lebensqualität erhöhen.

Bezirksversammlung – was macht die?

Die Bezirksversammlung kontrolliert die Geschäfte des Bezirksamts. Sie schaut der Verwaltung sozusagen auf die Finger und kann – durch Anfragen und Berichtspflichten – beim Bezirksamt umfangreiche Informationen abrufen und so politische Kontrolle ausüben, wie es das Grundgesetz durch die Gewaltenteilung vorsieht.

Außerdem kann die Bezirksversammlung in Angelegenheiten, für die das Bezirksamt zuständig ist, bindende Beschlüsse fassen und so Verwaltungshandeln anregen: Wesentliche Kernkompetenz ist die Aufstellung von Bebauungsplänen und die Verkehrsplanung für Bezirksstraßen (also alle Straßen, die nicht Hauptverkehrsstraßen sind). Bebauungspläne enthalten u.a. Vorgaben zur Sozialwohnungsanzahl in einem neuen Gebäude oder zur Anzahl der Geschosse und sind insofern wichtig für die Frage, wie wir Wohnraum in Hamburg-Nord gestalten.

Entscheidungen der Bezirksversammlungen und ihrer Ausschüsse gestalten so Leben und Wohnen, Umwelt, Mobilität sowie die soziale

und kulturelle Wirklichkeit vor Ihrer Haustür! In einer Demokratie ähnelt sich die Arbeit aller Parlamente ein wenig: Der Bundestag hat Plenarsitzungen, in denen alle Abgeordneten sitzen und abstimmen, und er hat Ausschüsse wie z.B. den Umweltausschuss, in denen über Detailfragen debattiert wird. Auch die Hamburgische Bürgerschaft hat Plenarsitzungen und Fachausschüsse. Und so hat auch die Bezirksversammlung als Quasi-Parlament ein Plenum, das etwa einmal im Monat zusammenkommt und Beschlüsse fasst, und Ausschüsse, die sich ebenfalls etwa einmal im Monat mit Detailfragen beschäftigen. Oft werden auch Expertinnen und Experten eingeladen (wenn über einen neuen Radfahrstreifen diskutiert wird, kommt also z.B. der ADFC in den Verkehrsausschuss). Gerade bei diesen Fragen sind außerdem die Anwohnerinnen und Anwohner die besten Expert*innen! Darum sind die Ausschüsse öffentlich und Sie können jederzeit vorbeikommen. Hier finden Sie den Terminplan:

https://sitzungsdienst-hamburg-nord.hamburg.de/bi/si010_e.asp

Die Entscheidungsgewalt einer Bezirksversammlung ist begrenzt, denn der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat das Recht, alle Angelegenheiten an sich zu ziehen und abschließend exekutiv zu entscheiden (Evokationsrecht). Dieses Recht kommt aber nur sehr selten, in Ausnahmefällen bei Fragen von gesamtstädtischer Bedeutung, zur Anwendung (Stichwort Einheitsgemeinde: Hamburg gliedert sich nicht wie

Flächenstaaten in mehrere selbstständige Gemeinden, sondern besteht als Stadtstaat aus sieben Bezirken, die keine eigenen Städte sind). Die Bezirksversammlung verfügt über kein eigenes Budgetrecht und kann auch keine Gebührensatzungen erlassen. Das schränkt die Handlungsmöglichkeiten auf bezirklicher Ebene erheblich ein, denn Politik ist ohne Finanzmittel kaum zu gestalten.

Bezirksversammlung – so wird sie gewählt:

Die Bezirksversammlung wird alle fünf Jahre parallel zur Europawahl gewählt. Hamburg-Nord ist in sieben Wahlkreise unterteilt. Insgesamt haben Sie bei der Bezirkswahl 10 Stimmen: fünf für die Wahlkreisliste und fünf für die Bezirksliste. Entscheidend für die Sitz-

verteilung ist nicht das Stimmenergebnis bei den einzelnen Wahlkreislisten, sondern ausschließlich das Ergebnis bei der Bezirksliste. Dort können Sie darüber entscheiden, wie stark die GRÜNEN in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord vertreten sind.

Zahlen und Fakten

- ▶ Bevölkerung: 313.617 (Stand: 31.12.2018)
- ▶ Fläche: 57,8 km²
- ▶ Bevölkerungsdichte: 5.426 Einwohner*innen/km²
- ▶ Der Bezirk umfasst 13 Stadtteile: Alsterdorf, Barmbek-Nord, Barmbek-Süd, Dulsberg, Eppendorf, Fuhlsbüttel, Groß Borstel, Hoheluft-Ost, Hohenfelde, Langenhorn, Ohlsdorf, Uhlenhorst und Winterhude
- ▶ Naturschutzgebiete: Eppendorfer Moor, Raakmoor, Rothsteinsmoor

DESHALB: BEZIRKSLISTE 5 X GRÜN!

GRÜNE 5-PUNKTE-STRATEGIE FÜR HAMBURGS BEZIRKE

Mehr Natur und schönere Parks

Ein erheblicher Teil der Lebensqualität Hamburgs liegt in unseren zahlreichen Natur- und Grünflächen, den Parks und den vielen Straßenbäumen und unseren Kulturlandschaften. Wir GRÜNE wollen auch in einer wachsenden Stadt das Grün und die Natur schützen. Der heiße Sommer 2018 ist ein weiteres Indiz dafür, dass wir uns auf die Folgen der Klimakrise einstellen müssen.

Wir wollen daher unsere Stadt noch weiter begrünen und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum deutlich steigern. Dazu wollen wir in jedem Bezirk:

- ▶ Die **Qualität** unserer **Parks** und **Grünflächen** für Natur und Mensch verbessern.
- ▶ Mindestens **einen neuen Park** schaffen.
- ▶ Flächen im öffentlichen Raum **entsiegeln und begrünen**.
- ▶ **Urban gardening und Pocket-Parks** gezielt fördern. Bei Pocket-Parks handelt es sich um kleine, naturnahe gestaltete Flächen, die zuvor verwaiste versiegelte Flächen waren.
- ▶ **Mit dem Projekt „Natürlich Hamburg!“** gezielt mehr Natur und Wildnis in unsere Stadt zurückholen.
- ▶ Ein **Projekt für grüne Parklets** ins Leben rufen. Ein Parklet ist eine zeitweise umgestaltete Parkplatzfläche, die für Fußgänger*innen eine kleine Oase im öffentlichen Raum sein soll.

Nachhaltiges und bezahlbares Wohnen

Eine zentrale Aufgabe der Hamburger Bezirkspolitik ist die Stadtentwicklungspolitik. Mit Bebauungsplänen wird festgelegt, wo Wohnungsbau und Gewerbe entstehen, wie hoch gebaut wird, wo Grün- und Spielflächen vorgesehen sind und dergleichen mehr. Wir GRÜNE haben in den letzten Jahren gemeinsam in Bezirksversammlungen und Bürgerschaft für mehr sozialen Wohnraum gekämpft und hier eine deutliche Steigerung von jährlich 2.000 auf 3.000 Sozialwohnungen erreicht sowie Baugemeinschaften und alternative Wohnprojekte gestärkt. Wir wollen eine starke und funktionierende Nachbarschaft, die sich gegenseitig hilft und unterstützt, und ein engeres und verantwortungsvolleres Leben aller Generationen miteinander. In den Stadtentwicklungsausschüssen und Bauausschüssen setzen wir GRÜNE uns ein für:

- ▶ Deutlich mehr **geförderten & günstigen Wohnraum**, damit Wohnen bezahlbar ist.
- ▶ Mehr Bauprojekte für **Baugemeinschaften, Genossenschaften und alternative Wohnprojekte**.
- ▶ **Wachsende soziale Infrastruktur**. Wo mehr Wohnungen entstehen, drängen wir z.B. auch auf mehr Schulen, Kitas, Jugendclubs, Senior*innentreffs und Sportflächen.
- ▶ Nachhaltige **Bauweise** und **Flächensparsamkeit** sowie **Ausgleichsmaßnahmen** für den Erhalt unserer grünen Stadt.
- ▶ Frühzeitige Bürger*innenbeteiligung und konsequente Anwendung aller **Instrumente gegen Mietsteigerungen und Luxussanierungen**.

Öffentlichen Nahverkehr, Radverkehr und Fußverkehr fördern

Die Frage, wie wir uns fortbewegen, spielt eine wichtige Rolle für die Gestaltung unserer Stadt und des öffentlichen Raumes sowie für das Stadtklima. Als GRÜNE wollen wir, dass alle saubere Luft atmen können und gut und sicher von A nach B kommen. Wir setzen daher konsequent auf den weiteren Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs, den weiteren Ausbau Hamburgs zur Fahrradstadt und deutliche Verbesserungen für alle Menschen, die zu Fuß unterwegs sind. Hierfür setzen wir uns ein:

- ▶ Im Zuge des Ausbaus Hamburgs zur Fahrradstadt bauen wir Routen für den Alltagsverkehr, die sogenannten **Velorouten**. Künftig wollen wir noch stärker die **Radwegeverbindungen** ausbauen, die zu den Velorouten hinführen, um perspektivisch die Velorouten untereinander und mit den Stadtteilzentren zu vernetzen.

- ▶ Zu Fuß gehen soll sicherer und angenehmer werden. Mit **Fußverkehrskonzepten** wollen wir Verbesserungspotenziale aufdecken und neue Strategien entwickeln.
- ▶ Wir wollen bezirkliche **Schulweg- und Kinderfahrradkonzepte** entwickeln und umsetzen, denn in jedem Hamburger Bezirk gehen Tausende Kinder zur Schule. Für ihren sicheren Schulweg möchten wir sorgen, ob zu Fuß oder mit dem Rad.
- ▶ Dort, wo die Kapazitäten des ÖPNV nicht ausreichen, kämpfen wir für **zusätzliche U- und S-Bahnen, Busse** sowie weitere **Taktverdichtungen**.

Schöne und moderne Sport- und Spielplätze

Gute Spiel- und Sportplätze gehören in jeden attraktiven Stadtteil. Sportflächen und Sporthallen sind knapp. Dabei ist Sport nicht nur wichtig für die Gesundheit, er ist auch ein Garant für soziales Miteinander und gute Integration. Hierfür wollen wir die Rahmenbedingungen schaffen, mit der die Vielfalt der Sportangebote erhalten bleibt.

Hamburg baut derzeit ein zentrales Erhaltungsmanagement für Spielplätze auf, mit dem wir mittelfristig alle Spielplätze in einen guten, modernen und sicheren Zustand versetzen wollen. Auf Spielplätzen sollen sich alle Kinder wohlfühlen, und vor allem sollen alle spielen können. Alle Spielplätze in Hamburg sind barrierefrei zugänglich, die Spielgeräte selbst sind leider noch nicht für alle Kinder nutzbar. Auf vielen Spielplätzen fehlt zudem die Verbindung zur Natur, die für unsere Kinder wichtig ist. Deshalb fordern wir GRÜNE für jeden Bezirk:

- ▶ Mehr inklusive Spielangebote auf den Spielplätzen und mindestens **ein vollinklusive Spielplatz** als ersten Schritt zu mehr Miteinander.
- ▶ **Mehr naturnahe Spielplätze**. Das ist gut fürs Stadtklima, schafft weiteren Lebensraum für Insekten und Vögel und ist ein echter Mehrwert für unsere Kinder.
- ▶ Die systematische Erfassung und **Sanierung aller Hamburger Spielplätze**.
- ▶ **Eine neue Sporthalle** in der Verantwortung der Bezirke, da es insbesondere in der kalten Jahreszeit Engpässe im Bereich der verfügbaren Sportflächen gibt.
- ▶ Den Sport stärker auf die öffentlichen Plätze und Parks zu holen, beispielsweise durch Aufstellen von **Sportgeräten** für Jung und Alt.
- ▶ Die Weiterführung der Sanierungsoffensiven für die bezirklichen und vereinseigenen Sportplätze.
- ▶ Den Sport zu einem eigenen Faktor der Stadtplanung zu machen: Daher streben wir eine regelhafte **Einbeziehung des Sports in die Stadtentwicklungsdiskussionen** an.

Sozialer Zusammenhalt im Quartier

Wir wollen die vorhandenen lokalen **Strukturen vor Ort stärken**. Es gibt vielfach bereits engagierte Vereine und Träger, die eine wertvolle Stadtteilarbeit gestalten. Hier gilt es, mehr in die Fläche zu kommen und insbesondere in die Quartiere zu investieren, in denen soziale Schief lagen herrschen und die Unterschiede zwischen den Einwohner*innen weit auseinander gehen. Bürger*innenhäuser, Bildungshäuser, Stadtteilkultur u.a. sollen hier niedrigschwellige Angebote für unterschiedlichste soziale Gruppen bereitstellen und gesellschaftliche Teilhabe sowie Kontaktstellen bieten. Wir wollen **kulturelle Angebote** stärker in die Breite bringen. Und es ist uns von jeher ein Anliegen, dass alle mitgenommen werden, ob jung oder alt, ob Single oder Familie, ob arm oder reich, ob mit oder ohne Behinderung, ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Es gilt, lebendige inklusive Quartiere zu schaffen, die für jede*n etwas zu bieten haben:

- ▶ Wir haben deswegen erstmalig seit 10 Jahren die Mittel für die **Bürger*innenhäuser** erhöht. Dies wollen wir auch in einer neuen Legislaturperiode fortsetzen.
- ▶ Wir haben für eine verbesserte Ausstattung der **Stadtteilkulturzentren** gesorgt und die Mittelerhöhung verstetigt. Wir wollen, dass diese starke Partner in der bezirklichen Arbeit vor Ort sind.
- ▶ Wir setzen auf die bewährte Vernetzung der Akteur*innen vor Ort. Unter anderem setzen wir uns für den kontinuierlichen Ausbau von **Eltern-Kind-Zentren** ein.
- ▶ Wir stärken die **Integration** von Geflüchteten im Quartier. Den Anschlag hat dafür in den letzten beiden Jahren der Integrationsfonds gegeben, dessen langfristig angelegte Projekte wir künftig über den **stark erhöhten Quartiersfonds** fortführen. Wir wissen: Wir müssen und wollen hier investieren, damit Integration in Hamburg erfolgreich ist.
- ▶ Wir setzen uns weiterhin auf allen Ebenen für Inklusion ein. Um Inklusion vor Ort zu verankern, wollen wir **Inklusionsbeiräte** einrichten bzw. stärken.
- ▶ Wir wollen die Arbeit der bezirklichen **Senior*innenbeiräte, Senior*innentreffs- und Beratungsstellen** stärken und **Mehrgenerationenprojekte** fördern.
- ▶ Wir **stärken die offene Kinder- und Jugendarbeit** finanziell und wollen sie bei der Entwicklung im Zeitalter der Ganztagschule intensiv begleiten.
- ▶ Wir wollen endlich eine **verbindliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen** erreichen, zum Beispiel durch ein Kinder- und Jugendmitwirkungsgesetz.

IMPRESSUM

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN HAMBURG-NORD

Bussestraße 1 | 22299 Hamburg

Tel: 040 - 51 22 26

info@gruene-nord.de

www.gruene-nord.de

Geschäftsführung: Babette Balzereit

Redaktion: Alske Freter (V.i.S.d.P.), Sina Imhof, Michael Werner-Boelz, Thorsten Schmidt

Fotos: Christoph Reiffert, Henning Angerer, Wikimedia, Pixabay

Grafik & Layout: Christoph Jöns (www.grafik-joens.de)

